

# GLOBAL VIEW



1 | 2011

Preis:  
3,- Euro

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)  
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

**Welcome to the  
World of Micro-Loans**

<http://www.globalview.at>



# GLOBAL



# VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)  
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

1 | 2011

3 EURO

## Welcome to the World of Micro-Loans





### VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS (VIMUN)

- UNO - Simulationskonferenz
  - jährlich im August
  - 250 Studierende aus 40 Nationen
- [www.vimun.org](http://www.vimun.org)



### DEBATTIERCLUB

- Rhetoriksimulationen
  - Lerne sicheres Auftreten, überzeugendes Argumentieren und fesselnd frei Reden
  - jeden Mittwoch 19:00
- [www.debattierclub.org](http://www.debattierclub.org)

### GLOBAL VIEW

- unabhängiges Magazin
  - Informations- und Diskussionsplattform für Studierende
  - Bietet die Möglichkeit außen- und weltpolitische Themen zu publizieren
- [www.globalview.at](http://www.globalview.at)



Hochschulliga für die Vereinten Nationen

# AKADEMISCHES FORUM FÜR AUSSENPOLITIK (AFA)

### Business Negotiations Club

- Verbessere deine Verhandlungsfähigkeiten auf Englisch
  - erprobtes Harvard Modell
  - jeden 2. Donnerstag um 18:00
- [www.afa.at](http://www.afa.at)

### Internationaler Club der ÖGAVN

- Club der "Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen"
  - Vorträge von hochkarätigen Referenten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
  - jeden Mittwoch von 11:00 - 15:00 (Vortrag von 12:00 - 13:30)
- [www.oegavn.org](http://www.oegavn.org)

### Vienna MUN Club

- Vorbereitungstraining für Model United Nations
  - Exkursionen zu internationalen MUN'S
  - Lerne die Strukturen und Regeln der UNO
  - jeden 2. Samstag um 13:00
- [www.afa.at](http://www.afa.at)

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) ist die überparteiliche Vereinigung Österreichs für alle an internationalen Fragen interessierten Jugendlichen, Studierenden und Jungakademiker.

### KONTAKT

HOFBURG / STALLBURG  
REITSCHULGASSE 2/2. OG  
A-1010 WIEN

[www.afa.at](http://www.afa.at)  
[wien@afa.at](mailto:wien@afa.at)



### Global Advancement Programm (GAP)

- Außeruniversitärer Lehrgang
- Förderprogramm für Studierende
- Erfahrungsaustausch zwischen hochkarätige Persönlichkeiten und Studierende

[www.afa.at](http://www.afa.at)

[www.afa.at](http://www.afa.at)

# Liebe Leserin!

# Lieber Leser!



Die erste Ausgabe des GLOBAL VIEW im Jahr 2011 liegt Ihnen nun vor. Umso mehr wird es Sie verwundern, dass in keiner Weise auf die Situation in Japan sowie die Demokratiebewegungen in Nordafrika eingegangen wird. Lassen Sie mich dies kurz erläutern:

Das Erdbeben, der Tsunami und die Nuklearkatastrophe in Japan, haben weltweit sowohl Mitgefühl, Hilfsbewegungen als auch Debatten über Nukleartechnologie ausgelöst und die (mediale) Welt erschüttert. Täglich aktuelle Berichterstattungen und politische Diskussionen sind das Resultat dessen.

Auch der Konflikt in Libyen ist ständig präsent. Dies vor allem auch durch das Eingreifen von UNO und NATO auf Basis der UN-Resolution 1973.

Das GLOBAL VIEW ist ein vierteljährlich erscheinendes Magazin und hat die Aufgabe, Informationen, Wissen aber auch Meinungen zu liefern. Damit all diese Inhalte für Sie auch noch interessant sind, wenn Sie unser

Magazin in die Hand nehmen, ist es unsere Pflicht, die Inhalte auch danach zu gestalten.

Aufgrund dessen und wegen der regen Berichterstattung in der medialen Öffentlichkeit, werden wir daher diese Themen nicht behandeln.

Diese Ausgabe des GLOBAL VIEW steht ganz im Zeichen von Denkanstößen und Artikel über bislang ungelöste Debatten. So können wir Ihnen interessante Berichte dazu liefern, wo die DOHA-Handelsrunde momentan steht, wie es in den Beziehungen zwischen den USA und China aussieht oder wie es um das Thema Religion in der Politik steht.

Den Leitartikel über Mikrokredite, welchen Sie in der Heftmitte lesen können, soll Ihnen ein Bewusstsein darüber vermitteln, wie es um die wirtschaftliche Zukunft im ländlichen asiatischen Raum bestimmt ist.

Ich hoffe, dass wir Sie mit unserer Auswahl an Themen auch Abseits der tagesaktuellen Problematiken zufrieden stellen können und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Michael Klampfl

**Anmerkung:** Die vorliegende Printausgabe beinhaltet ausgewählte Artikel und Berichte von jungen Journalisten sowie von Experten. Sollten Sie Interesse daran haben etwas zu publizieren, senden Sie bitte ein E-Mail an [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at). Über Feedback auf jeglichem Wege freuen wir uns natürlich sehr!

**Impressum Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at) ■ **Chefredakteur:** Michael Klampfl ■ **Redaktionsteam:** Joachim Kurz, Magdalena Reitbauer, Jürgen Rieder, Dipl. Oec. Thorsten Stauffer, Herbert Gmoser ■ **Lektorat:** Magdalena Reitbauer, Daniel Pleschutznig ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor ■ **Reprint:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, Gewerbegebiet Nord 3, 5222 Munderfing, 07744/20080, [www.aumayer.co.at](http://www.aumayer.co.at)

**Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



# Autoren



Mag. **BALAZS ESZTEGAR**, LL.M. studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und absolvierte den Universitätslehrgang für Informationsrecht und Rechtsinformation. Er ist Rechtsanwaltsanwärter bei Dr. Johannes Öhlböck LL.M. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt im IP- und IT-Recht.



**SIMON RUTAR**, studied International Business at the Vienna University of Economics and Business, and Finance at the University of Milano Bicocca. Before starting as a consultant at Doujak Corporate Development in Vienna he worked with Grameen Bank in Dhaka, Bangladesh. Simon is fluent in English, Slovene, Italian and German. In his spare time, he loves playing guitar and saxophone. He is also a passionate runner and skier.



MMag. **KLAUDIA FEURLE**, MA studierte Internationale Wirtschaft und Management an der FH Kufstein, Politikwissenschaft an der Universität Wien und machte einen Master in EU International Relations am College of Europe. Neben Studien- und Arbeitsaufenthalten in den USA, Frankreich, Deutschland und Belgien absolvierte sie außerdem ein Jahr Europäischen Freiwilligendienst, nahm an diversen Model United Nations teil und war von 2006 – 2009 aktiv im Global View Redaktionsteam tätig.



Mag.a **CORNELIA EVA SCHAUER** holds a degree in media and communication studies from the Alpen Adria University Klagenfurt. During her studies she completed an internship at the Peace Center Burg Schlaining. As first student she wrote an interdisciplinary thesis on conflict resolution and mediation in cooperation with the Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik Klagenfurt. Her special interests are peace studies and international women's affairs. Ms. Schauer is currently working in the Austrian Parliament for MP Dr. Wolfgang Schüssel.



**DOMINIK FUTSCHIK**, studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er arbeitete unter anderem in Indien, der Schweiz und bald auch in Finnland. Ein Auslandssemester verbrachte er an der Université de Genève, wo er Internationale Beziehungen studierte und ein Praktikum an der österreichischen Mission zur UNO absolvierte. Zu seinen Studienschwerpunkten zählen die Europäische Union und Internationale Beziehungen.



**PAUL SCHLIEFSTEINER**, studiert Rechtswissenschaften und Geschichte an der Karl-Franzens Universität Graz, wo er auch am Wahlfachschwerpunkt Politikwissenschaft - Politische Bildung teilnimmt. Schwerpunkte seines Interesses sind Zeitgeschichte, Staatswissenschaften und Völkerrecht, alle mit besonderem Augenmerk auf aktuelle internationale Entwicklungen.



Dr. **KATHARINA GÖTSCH**, born 1982, studied German Literature and Political Science in Innsbruck and Vienna, finished her PhD in November 2010, living in Vienna, working in Washington, DC at the moment. Areas of research: History of Political Thoughts and International Relations.



MMag. **MARIE-CLAIRE SOWINETZ**, studierte Romanistik, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien und Université Sophia Antipolis, Frankreich. Nach dreijähriger Tätigkeit als freie Journalistin im Print- und Hörfunkbereich wechselte sie in die Öffentlichkeitsarbeit, wo sie zuletzt bei UNHCR Österreich in der Public-Information-Abteilung tätig war.



Mag. **MONICA IOANITescu**, MBA studierte an der Wirtschaftsuniversität in Rumänien und Politikwissenschaften an der Universität Wien. Sie war drei Jahre lang Kabinettschefin für den rumänischen Botschafter in Wien und arbeitet derzeit als Personalbeauftragte der Strabag AG.



**CHRISTIAN WIGAND**, MA, MAIS studied Theology at the FTH Giessen (Germany) and the University of Gloucestershire (United Kingdom) and International Relations at the Diplomatic Academy of Vienna. His research interests include security studies, religion and politics and international women's affairs. Since 2009 he works as assistant to MP Dr. Ursula Plassnik in the Austrian Parliament.



**ELISABETH KOLLREIDER**, is currently studying law and political science at the University of Innsbruck. Her special fields are international public law and international relations. After stops in Brussels, Spain and Hong Kong, she is currently doing an internship at the Embassy of Austria in Washington, D.C. She is Vice-Chairperson of the AFA-Innsbruck.



**KATRIN WOLF**, MA, hat in Regensburg und Newcastle Germanistik und Politikwissenschaft studiert, anschließend einen Master aus der Erasmus Mundus Reihe an den Universitäten von Aarhus, Amsterdam (UvA), Sydney (UTS) und Swansea absolviert - mit Schwerpunkt "War & Conflict" an der Swansea University. Sie hat als Visiting Lecturer an der University of Hertfordshire in Hatfield (bei London) Medienwissenschaften unterrichtet und schreibt derzeit hauptsächlich für die Vienna Review.

# Inhalt



Photo: UN-Photo

Wie zeitgemäß ist die Genfer Flüchtlingskonvention noch? Artikel S. 8



Photo: Simon Rutar

Micro-financing - a sustainable tool? Article p. 16



Photo: Europanel

EU-Parliament vs. U.S. Congress? Article p. 22



Photo: Flickr

The downfall of an ancient city. Article p. 26

## 06 United Nations

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 06 | UN-Ticker  | Jürgen Rieder         |
| 08 | Zeitloses Abkommen oder verstaubter Kompromiss?                | Marie-Claire Sowinetz |
| 09 | Menschenrechte am Prüfstand - The UN-Universal Periodic Review | Dominik Futschik      |

## 10 International

- |    |   |                      |
|----|---|----------------------|
| 10 | Watching History in the Making                        | Katrin Wolf          |
| 11 | China in Sicht!                                       | Paul Schliefssteiner |
| 12 | Doha-Conclusion - Motor for the Global Economy?       | Klaudia Feurle       |
| 14 | The U.S. China Relations - America's Fear of Decline? | Katharina Götsch     |
| 16 | Tough Times for Village Bankers                       | Simon Rutar          |
| 18 | La Françafrique                                       | Michael Klampfl      |

## 20 EU/Österreich

- |    |   |                      |
|----|---|----------------------|
| 20 | Integrations-Mentoring - Ein Zukunftskonzept mit Perspektiven | Monica Ioanitescu    |
| 21 | Das neue ungarische Medienrecht                               | Balazs Esztegar      |
| 22 | The European Parliament - A New Player in Washington?         | Elisabeth Kollreider |

## 24 Kultur und Gesellschaft

- |    |                           |                                       |
|----|---------------------------|---------------------------------------|
| 24 | God for President?        | Christian Wigand und Cornelia Schauer |
| 26 | The New Ruins of Pompeii  | Nicole Kanne                          |
| 27 | Frauen und Kinder zuerst! | Ulrich Saxer                          |

## 28 ÖGAVN/AFA

- |    |   |                 |
|----|---|-----------------|
| 28 | Das Global Advancement Programme (GAP): AFA<br>Eine Klasse für sich | AFA             |
| 29 | Historische Begegnung im Parlament                                  | ÖGAVN           |
| 30 | The new Business Negotiation Club (BNC):<br>Learning by Doing       | Ulrich Kopetzki |
| 31 | UNO wieder im Spiel   | AFA             |



2000 zusätzliche Blauhelme für die Elfenbeinküste ... Südsudanesisches Referendum friedlich verlaufen ...



## UN Vienna Focus

### Designerdrogen geraten außer Kontrolle

Der in Wien angesiedelte Internationale Suchstoffkontrollrat (INCB) stellte in seinem am 2. März 2011 präsentierten Jahresbericht 2010 fest, dass Designerdrogen weltweit immer schneller und in immer größeren Mengen hergestellt werden. Neben Korruption wird der Drogenhandel auch durch die Modifizierung der Molekularstruktur von zur Herstellung benötigter Substanzen beflügelt, wodurch vorhandene Kontrollmaßnahmen ineffektiv werden. Neben den verstärkten Aufkommen von Designerdrogen unterstreicht der Bericht aber auch die Notwendigkeit eines freien Medikamentenzugangs für alle und verweist auf unterschiedliche regionale Entwicklungen des Drogenhandels.

### Kunstaussstellung startet im VIC

Das Vienna International Center (VIC) eröffnete am 1. März 2011 mit einem speziellen Programm eine Kunstaussstellung für Liebhaber aus aller Welt. Die ausgestellten Meisterwerke von Hundertwasser, Nitsch, Hrdlicka und anderen bekannten Künstler zählen zu einer Kunstsammlung, welche anfänglich durch eine Spende Österreichs aufgebaut wurde. Mittlerweile wurde die Sammlung durch Zuwendungen bedeutender Künstler andere Staaten erweitert, wodurch heute Künstler aus über 40 Staaten in der Sammlung vertreten sind.



Photo: Flickr

### Zusätzliches Geld für vernachlässigte Krisenfälle z.B. für die von schweren Regenfällen geplagten Menschen in Sri Lanka

Die größte Summe von rund 15 Millionen US-Dollar des vom UN-Hilfswerk und ihren Partnerorganisationen verwendeten Geldes, kommt den Menschen in Somalia zugute. Der Fonds wird durch freiwillige Zuwendungen von Mitgliedstaaten, Nicht-Regierungs-Organisationen, der Privatwirtschaft und Einzelpersonen gestützt und konnte im Jahr 2010 rund 139 Millionen US-Dollar an 17 unterfinanzierte Krisenfälle zuteilen. Dieses Jahr soll im Juli eine zweite Runde an Mitteln für vernachlässigte Krisenfälle vergeben werden, für die der Fonds rund ein Drittel seiner gesamten Gelder jährlich vergibt.

Dienstag, 18. Jänner 2011

### 84 Millionen Dollar durch Nothilfunds vergeben

Zur Unterstützung von mehr als einem Dutzend ver-gessener Krisenfälle haben die Vereinten Nationen Mitte Jänner 84 Millionen US-Dollar für Humanitäre Hilfe bereit gestellt. Der Zentrale Nothilfunds, der zum Verantwortungsbereich der seit September 2010 amtierenden Untergeneralsekretärin und Nothilfe Koordinatorin Valerie Amos gehört, gab die Gelder zur Minderung der Folgen von Hunger, Unternährung, Krankheiten, Vertreibung und Konflikten frei.



Photo: Flickr

### Das Welternährungsprogramm kauft Nahrungsmittel verstärkt in Entwicklungsländern

Im Jahr 2010 kaufte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) Nahrungsmittel im Wert von 1,25 Milliarden US-Dollar, wobei mit mehr als 80 % der Käufe noch nie zuvor soviel Nahrungsmittel von Entwicklungsländern erworben wurde. Dies ermöglichte dem WFP nicht nur Geld und Zeit zu sparen sowie Menschenleben zu retten, sondern auch die Agrarproduktion und das Einkommen in den betroffenen Ländern zu unterstützen. Von insgesamt 96 Nationen wurden Nahrungsmittel bezogen, darunter Länder wie Äthiopien, Guatemala oder Vietnam, welche den Menschen in den von Erdbeben erschütterten Haiti, dem von epischen Fluten betroffenen Pakistan oder von Dürre betroffenen Regionen der Sahelzone Afrikas zugute kamen. Die Effizienz des Ankaufs konnte dabei erhöht werden, was vor allem der verstärkten Zuwendung an Barmitteln und neue Mechanismen im Ankauf von Nahrungsmitteln, wie dem Barkauf im Voraus bei günstigen Preisen, zu verdanken ist. In diesem Sinne wird demnächst Weizen für rund 500.000 Menschen direkt in Afghanistan bezogen.

Freitag, 11. Februar 2011

### Rekord beim Nahrungsmittelkauf von Entwicklungsländern

Im Jahr 2010 kaufte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) Nahrungsmittel im Wert von 1,25 Milliarden US-Dollar, wobei mit mehr als 80 % der Käufe noch nie zuvor soviel Nahrungsmittel von Entwicklungsländern erworben wurde. Dies ermöglichte dem WFP nicht nur Geld und Zeit zu sparen sowie Menschenleben zu retten, sondern auch die Agrarproduktion und das Einkommen in den



Photo: Flickr

Anfang des Jahres konnten UN-Blauhelme in der DR Kongo 6 verschleppte Polizisten aus der Gewalt ihrer Entführer befreien. Ohne eine Schuss abzugeben oder Lösegeld zu zahlen führten Diplomatie und Überzahl der indischen Blauhelme zur Freilassung.



Photo: UN-Photo

Eine Waldschutzinitiative in Guatemala und eine Projekt für nachhaltige Entwicklung in Nepal gewannen den diesjährigen Sasakawa Preise des Umweltprogramms der UN, welcher innovative und bahnbrechende Umweltinitiativen in Entwicklungsländer auszeichnet.



Photo: Flickr

**Essentielle Kapazitäten fehlen vielen Friedenssicherungseinsätzen, oftmals darunter Helikoptereinheiten**

und abgelegenen Einsatzorten sein, was für viele der Missionen momentan gelte. 56 der bis April 2011 benötigten 137 Helikopter werden nicht zur Verfügung stehen, wobei dies die Einsätze im Sudan oder der Demokratischen Republik Kongo am härtesten trifft. Nicht nur bei Helikopter gibt es jedoch Lücken zwischen den Anforderungen und den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Friedenseinsätze, weshalb Listen zu diversen Bereichen verteilt wurden, um die kurz- und langfristigen Planungen mit den Mitgliedstaaten zu verbessern.

Dienstag, 22. Februar 2011  
**Friedensmissionen benötigen mehr Helikopter**

Mit der exponentiellen Zunahme in Anzahl und Größe der Friedensmissionen auf nahezu 100.000 uniformierten Einsatzkräften in 15 Missionen zeigt sich zunehmend ein kritisches Defizit in der Helikopterkapazität, der den Missionen zur Verfügung steht. Wie der Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze Alain Le Roy zu Beginn der jährlichen Debatte im Spezialausschuss für Friedenssicherungseinsätze zu bedenken gab, würden Helikoptereinheiten eine absolute Notwendigkeit für Operationen in ausgedehnten



Photo: UN-Photo

**320.000 Menschen zwischen 15 und 29 sterben jährlich durch alkoholbedingte Ursachen**

Die meisten Todesfälle stehen in Verbindung mit alkoholbedingten Unfällen oder durch von Alkoholkonsum hervorgerufenen Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Leberzirrhose. Laut WHO bedienen sich zu wenige Länder effektiver Maßnahmen um dem schädlichen Alkoholkonsum entgegen zu steuern und demgemäß Unfällen, Krankheiten und Tod vorzubeugen. So haben seit 1999 zwar über 30 Länder Maßnahmen gegen schädlichen Alkoholkonsum neu eingeführt, ein klarer Trend weltweit lässt sich davon jedoch noch nicht erkennen.

Freitag, 11. Februar 2011  
**WHO mahnt wegen übermäßigem Alkoholkonsum**

Jährlich sterben rund 2,5 Millionen Menschen weltweit durch Alkoholmissbrauch, so der jüngste Report der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über Alkohol und Gesundheit. Rund 4 % der weltweiten Todesfälle stehen im Zusammenhang mit Alkohol. Dass schädlicher Alkoholkonsum nach wie vor ein größeres Problem für Männer als für Frauen darstellt, beweist der mit 6,2 % höhere Anteile an den Todesfällen im Vergleich zu 1,1% bei den Frauen.



Photo: Flickr

Im Jänner hoben das UN Umweltprogramm (UNEP) und das UN Siedlungsprogramm (HABITAT) eine Initiative aus der Taufe, mit dem Ziel, nachhaltige urbane Beförderung und Verkehr in den Hauptstädten Äthiopiens, Kenias und Ugandas zu unterstützen.



Photo: UN-Photo

Der spanische Weltmeister und Fußball Star Iker Casillas wurde Ende Jänner zum UN-Sonderbotschafter ernannt. Casillas wird in dieser Funktion für Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit im Sinne der Millennium Entwicklungsziele werben.

UN Country Focus

**Stabilität in Osttimor verfestigt sich**

Mit der sich in Osttimor kontinuierlich verbessernden Situation bezüglich Frieden, Stabilität sowie der voranschreitenden Entwicklung des Landes, beginnen die UN mit den Planungen für das Ende der Integrierten Mission in Osttimor (UNMIT), welches ein positives Signal für die nationalen Polizeibehörden sein soll. Die seit dem Ausbruch der tödlichen Auseinandersetzungen im Jahr 2006 arbeitende UNMIT konnte bereits in vielen Teilen des Landes die polizeiliche Gewalt an die Behörden Osttimors übergeben.

UN Secretary General Corner

**“The winds of change are sweeping the Middle East and North Africa. ... In this great and noble quest, the United Nations stands ready to assist in every way possible, should the people of the region and their governments request our help.”**

Remarks during a General Assembly meeting on Libya, 1 March 2011

# Zeitloses Abkommen oder verstaubter Kompromiss?

Die Genfer Flüchtlingskonvention wird heuer 60 Jahre alt. Millionen Menschen auf der Flucht hat sie bereits geholfen. Doch seit ihrer Unterzeichnung 1951 haben sich die Zeiten geändert. Wird die Konvention den neuen Anforderungen noch gerecht oder ist sie reif für die Pension? **Text** Marie-Claire Sowinetz

**1951 hatte** man in Europa alle Hände voll zu tun, um die Trümmer des Krieges zu beseitigen. Rund 20 Millionen Menschen hatten ihre Heimat verloren und besonders jenen, die nicht zurück kehren konnten, musste geholfen werden. Vor diesem Hintergrund trafen Abgeordnete von 26 Staaten in Genf zusammen und feilschten an einer gemeinsamen rechtlichen Grundlage zum Schutz von Flüchtlingen. Frühere Abkommen boten keinen ausreichenden Schutz und zahlreiche Mitglieder der 1945 neu gegründeten Vereinten Nationen waren überzeugt, dass ein effizientes Schutzsystem notwendig sei, um die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.

Drei Wochen harte Diskussionen und zahlreiche Kompromisse später wurde schließlich am 28. Juli 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) verabschiedet, die bis heute 147 Staaten ratifiziert haben. Ein Flüchtling ist laut GFK eine Person, die sich außerhalb ihres Heimatstaats oder jenes Landes befindet, in dem sie zuletzt lebte und wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugungen wohl begründete Furcht vor Verfolgung hat. Sie kann weder den Schutz dieses Landes in Anspruch nehmen, noch dorthin zurückkehren.

Doch mittlerweile, so behaupten kritische Stimmen, sei die „Magna Charta des Flüchtlingsschutzes“ in die Jahre gekommen. Den Ansprüchen der heutigen Zeit würde sie nicht mehr gerecht werden, ist sie doch im unmittelbaren Kontext des Zweiten Weltkriegs entstanden. Sogenannte Wirtschafts- oder Umweltflüchtlinge, aber auch die besonderen Schutzbedürfnisse von Homosexuellen etwa, würde die Konvention nicht berücksichtigen. Die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen werden immer komplexer, ihre Grenzen verschwimmen. „Alle, die keine wirklichen Flüchtlinge sind, richten mit dem Versuch, die Einwanderungskontrollen zu unterlaufen, nur



Photo: Amn/UN-Archives

**Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde am 28. Juli 1951 angenommen und zur Unterzeichnung aufgelegt.**

Schaden an. Es liegt im Interesse der wirklichen Flüchtlinge und des Gesamtwohls, dass Großbritannien und alle anderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Asylsysteme ergreifen.“, sagte der ehemalige britische Außenminister Jack Straw.

## Zeit für eine Flüchtlingskonvention 2.0?

Menschenrechtsexperten, wie Margit Ammer vom Ludwig-Boltzmann-Institut, aber auch das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR sprechen sich gegen eine Änderung aus. Die GFK würde den heutigen Anforderungen gerecht werden, es käme jedoch auf die richtige Anwendung an. Christoph Pinter, UNHCR Österreich: „Es wird schwieriger, die alten Grenzen zwischen freiwilligem Verlassen der Heimat und erzwungener Flucht zu ziehen, denn Bevölkerungswachstum, Klimawandel oder Ressourcenknappheit schüren zusätzlich Konflikte und zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen.“ Es brauche nachhaltige Lösungen für jene schutzsuchenden Menschen,

die nicht unter den Flüchtlingsbegriff internationaler Abkommen fallen. Gleichzeitig müssen aber bestehende Flüchtlingsverträge entsprechend der neuen Gegebenheiten und Umstände interpretiert werden, so Pinter. „Angesichts der momentanen restriktiven Asylpolitik birgt das ‚Aufschnüren‘ der GFK die große Gefahr, zu niedrigeren Standards zu gelangen“, warnt Margit Ammer.

„Die GFK ist neben anderen Menschenrechtsverträgen ein wichtiges Instrument. Wenn darüber neu verhandelt wird, sollte die GFK so belassen und allenfalls ein Protokoll angefügt werden. Sofern dieses aber der Ausweitung des Flüchtlingsschutzes dienen würde, bezweifle ich, dass die Bereitschaft der Staaten, dieses zu ratifizieren, besonders groß wäre“ so Ammer weiter. Für die weltweit 10 Millionen Flüchtlinge ist die Konvention also nach wie vor die einzige Garantie, die über ihren Schutz und ihre Rechte wacht. So bald wird die Genfer Flüchtlingskonvention wohl nicht in den Ruhestand geschickt.

# Menschenrechte am Prüfstand - The UN Universal Periodic Review

Am 26. Jänner 2011 stellte sich eine hochrangige Delegation aus Österreich den Fragen der internationalen Staatengemeinschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf. **Text** Dominik Futschik

**Angeführt von** Außenminister Dr. Michael Spindelegger beantwortete die Abordnung aus der Alpenrepublik aktuelle Fragen zur Lage der Menschenrechte in Österreich von insgesamt 54 Staaten dieser Erde. Von Costa Rica über die Philippinen, Indien bis hin nach Norwegen erstreckte sich dabei die Anzahl der Nationen, die Empfehlungen abgaben. Ähnlich abwechslungsreich wie die partizipierenden Länder spannte sich dabei auch der Kanon von gestellten Wortmeldungen, beispielsweise von der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt, der vollen Partizipation von Menschen mit Behinderungen bis hin zu der Umsetzung von Minderheitenrechten. Insgesamt gab es 160 Empfehlungen von UNO-Mitgliedstaaten an Österreich zur Verbesserung der Menschenrechte, von denen die Republik 97 Empfehlungen sofort annehmen konnte. Doch warum wurde genau Österreich von der UNO kontrolliert?

## Universelle Menschenrechte unter der Lupe

Das idyllisch am Lac Léman gelegene altehrwürdige Palais des Nations beherbergte nicht nur zwischen 1933 und 1946 den Völkerbund in Genf, sondern fungiert gegenwärtig als wichtiger europäischer UN-Sitz. Neben zahlreichen UNO-Sonderorganisationen, die hier beheimatet sind, tagt in diesem historischen Ambiente auch der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Hier im Raum XX des Palais des Nations, dem „Sala de los Derechos Humanos de la Alianza de Civilizaciones“, werden jährlich 48 Staaten hinsichtlich der Menschenrechtssituation überprüft.

Als Grundlage für diese Kontrolle von Mitgliedstaaten dient die Resolution der UN-Generalversammlung 60/251 zur Schaffung des Menschenrechtsrates. Damit wurde das Fundament für den Universal Periodic Review („UPR“) gelegt, dessen Aufgabe es ist, im Vierjahreszyklus alle Mitgliedsstaaten der UNO zu überprüfen. Dabei gehört zu den Zielen des UPR's die grundsätzliche



Photo: Dominik Futschik

## Der Menschenrechtsrat in Genf

effektive Verbesserung der Menschenrechtsstandards in allen 192 UN-Mitgliedstaaten ebenso wie die verstärkte Umsetzung von internationalen Verpflichtungen, sowie der gegenseitigen Unterstützung von Nationen im Menschenrechtssektor nach gleichen Maßstäben. Für Österreich fand im Jänner 2011 zum ersten Mal eine Überprüfung statt.

## Vorgehensweise

Als Fundament für die Überprüfung fungieren grundsätzlich die UN-Charta sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Anhand dreier unterschiedlicher Berichte werden nun 48 zufällig ausgewählte UN-Mitgliedsländer pro Jahr seit 2008 überprüft: Zunächst verfasst der betroffene Staat einen nationalen Bericht über die innerstaatliche Menschenrechtssituation im eigenen Land. Weiters veröffentlicht das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) ebenfalls eine detaillierte Übersicht über alle relevanten Empfehlungen diverser UN-Menschenrechtsmechanismen. Als dritte wichtige Informationsquelle dienen außerdem Berichte von Vertretern der Zivilgesellschaft, wie NGO's, Gewerkschaften

oder kirchliche Gruppen, über die Situation der Menschenrechte in dem betroffenen Land. Im Fall der Überprüfung Österreichs im Rahmen des Universal Periodic Review verfassten mehr als 300 heimische NGO's einen Schattenbericht über den, ihrer Meinung nach, aktuellen Stand der Menschenrechte in der Republik.

Alle relevanten Dokumente werden im Vorfeld der UPR's auf der OHCHR-Homepage veröffentlicht und sind damit frei zugänglich. Das Besondere am Universal Periodic Review ist insbesondere das System der Überprüfung von Staaten durch Staaten („peer review“) und basiert damit großteils auf internationale Zusammenarbeit und Interaktion.

## Österreich bewirbt sich

Der Menschenrechtsrat besteht aus 47 Mitgliedstaaten, die für jeweils drei Jahre gewählt werden. Österreich bewirbt sich für einen Sitz im höchsten Gremium der internationalen Staatengemeinschaft zum Schutz der Menschenrechte für die Funktionsperiode 2011 - 2014.

# Watching History in the Making

War Reporters are usually considered as the heroes among journalists: adrenaline junkies who rush to distant corners of the world to cover wars, conflicts and natural catastrophes to bring the fighting and the suffering straight into our living rooms. **Text** Katrin Wolf

But while they used to be able to walk freely between the front lines and were usually considered neutral, they now have become deliberate targets. Consequently, the journalist and academic Phillip Knightley stated in his seminal book on war reporting and propaganda, *The First Casualty*, that “the age of the war correspondent as hero appears to be over”.

What Knightley meant was the question of independence. Censorship or at least public relations efforts abound in wartime – and troop safety surely was not the only reason why the US authorities demanded to read every report before the correspondents could file it to their papers back home. But journalists who were not embedded with soldiers in Iraq and so enjoyed their protection (the big advantage besides access), could only move around in armoured vehicles, flanked by bodyguards, and needed to rely on fixers. The consequence of this is that the most insightful war journalism that came from Iraq was done by locals, who often put their own lives at risk.

War journalists have come between the front lines – and at least since the abduction and murder of Wall Street Journal reporter Daniel Pearl in Pakistan in 2001, it has become clear that they are now considered legitimate targets. But during the protests in Egypt, hostilities against the media seem to have reached a new dimension. Bloggers were detained, the Internet and the broadcaster Al Jazeera switched off for days, and dozens of foreign journalists have been attacked. The media as a whole seemed to have been declared an enemy.

This time, people could watch CNN’s Anderson Cooper and his crew being attacked and repeatedly punched on the head. Other prominent cases included CBS foreign correspondent Lara Logan, who was sexually assaulted by a mob while covering the celebration on Tahrir Square after President Hosni Mubarak had stepped



**Journalists right in the middle of the crowd - dangerous business**

down. Dietmar Ossenberg, Cairo Bureau Chief of the German public broadcaster ZDF, had to end a live broadcast from a hotel balcony after a laser pointer had been pointed at his crew.

During the days of the protests, cameras have been confiscated, material destroyed, journalists arrested, beaten and even killed. To this day, the Committee to Protect Journalists (CPJ) has documented at least 141 direct attacks on journalists since January 30. Egyptian journalist Ahmed Mahmoud was reportedly shot by a sniper and died six days later in hospital.

Also Mustafa Menshawy, who reported for BBC Arabic from Cairo for three weeks, describes the situation as “dangerous”. Back in the office in London, he talks about his experience. “Official staff mobilized people against the media”, he says. “The Mubarak supporters were very violent.” He further says that the army tried to disperse the demonstrators and to ban journalists from coming to Tahrir Square, the hub of the demonstrators.

Mubarak seemed to be fully aware of the crucial role of the media in the protests. His crackdown on the media started with switching off the Internet of the whole country, and ended with concerted attacks on journalists by Mubarak supporters. But the question remains whether the people attacking the media were only true Mubarak

supporters or also plainclothes policemen. The anti-Mubarak protesters were “very supportive to media”, says Menshawy. They seemed to be aware that the media were communicating the protesters’ case to the whole world, which is precisely what Mubarak’s supporters blamed them for. “The media were very important”, says Menshawy. One reason for this, he explains, was a lack of information and also a lack of trust in the official sources. “But people trusted sources like the BBC – and due to the curfew, which was in place every day from 8 pm on, people stayed at home and stuck to their TVs.”

In the end, the Mubarak supporters gave up three days before the President did: Menshawy says that they couldn’t find any more Mubarak supporters on the streets when they wanted to interview them. With regard to the safety of journalists, the situation remains worrying during the waves of protests that currently shakes the Middle East: according to the CPJ, the situation looks particularly worrying for journalists in Libya, who were warned they would be treated as “outlaws” should they cross the eastern border. Also Syria, Bahrain and Yemen have experienced attacks on media.

For a truly committed journalist like Menshawy, the trouble was worth it: “We watched history in the making”, he said. And what journalist wouldn’t wish for that.

# China in Sicht!

Die Beziehung des Westens zum Reich der Mitte ist schon immer ambivalent. Doch ist das momentane Verharren in einer abwartenden Haltung verständlich und förderlich? Vor allem da die Volksrepublik sehr aktiv ist – auch kulturell.

**Meinung** Paul Schlieffsteiner

„China - die kommende Weltmacht“, „Das chinesische Jahrhundert“, „Der chinesische Drache erwacht...“ – so, oder so ähnlich lesen sich seit Jahrzehnten die Überschriften, wenn es um das Thema der vielschichtigen Potenziale der Volksrepublik China geht. Meistens geht es um wirtschaftliche Konkurrenz und militärische Macht. China ist auf dem Weg zur Spitze, so der Tenor und wenn es einmal dort angelangt ist, ja dann ...

Was dann kommt, das weiß keiner so wirklich. Allerdings wird sich diese Frage wohl bald erübrigen, denn es scheint so, als würde sich der lange Marsch Chinas der Ziellinie nähern. Und noch immer steht „der Westen“ zu großen Teilen neben der Strecke und sieht teilnahmslos zu. Dass diese Ziellinie gleichzeitig ein neuer, gemeinsamer Startpunkt sein wird, darüber machten sich nur wenige Gedanken.

Vereinzelt wird versucht den Aufstieg des Riesenstaates durch die Streitthemen der Menschen- und Minderheitenrecht, vor allem in Tibet, zu überdecken. Frei nach dem Motto „Moralisch bleiben wir Sieger!“. Doch wird dabei verkannt, dass hier unterschiedliche Denkschulen, (historische) Erfahrungswelten und Moralvorstellungen aufeinanderprallen und dieser Konflikt nichts an der Entwicklung an sich ändert.

Gerade das Wesen einer jeden Moral ist es, den Anspruch zu erheben allgemein gültig zu sein. Man wird daher hinkünftig die Welt nur mitgestalten können und zu einem fruchtbaren Konsens kommen, wenn man Standpunkte des anderen aus seiner Position heraus nachvollziehen kann – auch wenn man sie nicht teilt.

In puncto kultureller und allgemeiner Auseinandersetzung besteht in Amerika und Europa jedoch enormer Nachholbedarf: China hat mit Jahresende 2004 damit begonnen, überall auf der Welt Konfuzius-Institute zu errichten, welche



als Sprachschulen und Kulturzentren fungieren. Innerhalb von sechs Jahren entstanden, nach Angaben des Institutes, 322 solcher Einrichtungen in 96 Ländern und Regionen.

Dass die Volksrepublik mit ihren 1,3 Milliarden Menschen und einer zentralen, lenkenden Regierung außenpolitisch anders agieren kann, als die EU mit ihren 27 Regierungen und die USA, welche vor großen inneren und äußeren Herausforderungen stehen, ist klar. Doch die Gleichgültigkeit, mit der hier seit Jahren von allen Seiten agiert wird, ist fast schon beschämend.

Neben möglicherweise berechtigter Kritik an einer Einflussnahme durch und in den Instituten, sowie dem Austausch der üblichen Höflichkeitsfloskeln, scheint es keine Interesse zu geben, auf die Initiative einzugehen und sich mit Kathai auseinander zu setzen. Vor allem auf dem Bildungssektor agierten wir so, als würde die Welt sich immer noch um Europa drehen.

In Österreich ist es gerade einmal in Wien möglich, Sinologie zu studieren. Von diesem Angebot machen derzeit 771 Personen Gebrauch, davon sind 85 Personen im Master Studium und 14 im Doktorat. Eine Lehramtsausbildung ist mindestens seit 2008 angedacht, wurde aber bisher noch nicht umgesetzt. Zwar bieten laut Medienberichten „immer mehr Schulen“ chinesisch als Unterrichtsfach an, von einer Diskussion, ob Mandarin als Investition in die Zukunft des Individuums und der Gesellschaft (neben anderen Sprachen wie Hindi oder Portugiesisch) als mögliche zweite bzw. dritte lebende Fremdsprache eingeführt werden sollte, ist jedoch nichts zu erkennen.

Dabei wäre eine Reaktion auf die Umbrüche in der Welt schon jetzt verspätet und würde erst in Jahren Wirkung zeigen. Aber immerhin wäre eine Reaktion da. Denn wie ein chinesisches Sprichwort sagt: „Nicht der Wind, sondern das Segel bestimmt die Richtung.“ Und es wäre langsam Zeit selbiges zu setzen.

# Doha-Conclusion – Motor for the Global Economy?

The current trade-negotiation-round of the WTO which commenced already in 2001 is stuck since 2008. Today a revival of the talks is in discussion. **Text** Klaudia Feurle

The overall objective of a WTO trade negotiation round is to lower trade barriers around the world and thus to allow countries to increase trade. For the Doha-round the member countries committed themselves to negotiations to open agricultural and manufacturing markets, trade in services (GATS) and extended regulations concerning intellectual property (TRIPS). The lynchpin of this trade-agenda for developed and developing countries was and is agriculture. But of major importance was also the reviewing of provisions that give special and differential treatment to developing countries, problems that developing countries have in implementing their current trade obligations as well as the compulsory licensing of medicines and patent protection.

## Doha-collapse – a victory for the poor?

The Doha-round is also called development-round since a main objective of the negotiation talks is to make trade rules fairer for developing countries. However, this initial objective seems rather ironic these days since the collapse in 2008 is frequently presented as a victory for the developing countries by themselves. It was the developing countries who finally had the confidence to reject a deal that they considered as unfavourable. This is especially reflected by the G20, the new trade bloc of developing and industrialized nations, which was headed by the People's Republic of China, Brazil, India and South Africa. The most considerable contention was between the developed nations (EU, US, Japan) and the G20. The Doha-round basically collapsed because of a major division between WTO members on agriculture but also because of issues such as industrial tariffs and non-tariff barriers, trade remedies and services.

This is not a surprise since especially in developing countries around 75 % of the population live in rural areas and the majority of them depend on agriculture for their livelihoods. They are thus not delighted with the highly subsidised agricultural



## WTO Director-General Introduces Secretary-General

products from the EU and the US. And finally, the complexity which is involved when 153 WTO members try to reach consensus on an agenda with dozens of issues.

One should also not forget that many of the poorest nations continue to have very little influence over WTO proposals that emerge, even if the G20 presumes to negotiate on behalf of the entire developing world. Many developing countries do not dispose of the adequate financial and diplomatic means to be adequately represented in trade negotiations. The trade rules are thus still mainly determined by the rich and powerful nations.

## Meanwhile

Since multilateral trade talks lost momentum, many countries (mainly the EU and the US) started to conclude bilateral free trade agreements with some other countries. Through this industrialized countries cause a kind of "negative competition". Without global trade standards in certain areas they can push single developing countries

for more concessions and not to forget, more and more bilateral trade agreements undermine the global trade system step by step. Another point is that the world economy has moved on since the round began and thus Doha doubters argue that trade in services has become far more important in the meanwhile. Fact is that some countries started to cut their tariffs on their own in the meantime. But there is evidence that this does not yet make the talks irrelevant. A case in point is that today the traditional goal of tariff-killing is less relevant since global supply chains have grown and got more complex. Due to that today's protectionists use more often targeted rules instead of tariffs. However, starting entirely new or more up-dated trade talks and abandoning the present unfinished negotiations as some proposed, has even less chance of getting anywhere than the Doha effort.

## Reasons for a conclusion

The Doha-development-round is ranked as the second-best investment for global welfare in 2008 from the Copenhagen Consensus, which evalu-

ates solutions for global problems regarding the cost-benefit ratio. An agreement would thus offer economic benefits by reducing farm subsidies, by spurring investment and by opening up new markets. The WTO as well as its Director General Pascal Lamy calculates with up to 130 billion US-Dollar higher world trade volume which would mostly be to the benefit of developing countries. Trade gains of this magnitude could thus enlarge GDP of the Doha participants considerable. But the whole is a double-edged sword. Freer trade does not only bring advantages and surely not to all. A serious concern for most developing countries is the adjustment and restructuring costs to prevent the breakdown of local industries that freer trade could create.

In times of a weakened world economy the possibility to boost the global economy with increased trade by a Doha-conclusion seems very tempting. But even if most of the public organizations, think tanks and experts assess that the conclusion of the trade round will result in an overall net gain, the distribution of these benefits do not necessarily need to be equal or fair and the arising negative side effects, which have been widely analyzed and discussed as well should not be forgotten.

#### How to get the deal done?

Several countries have called for negotiations to start again. Already in 2008, in the light of the worldwide financial crisis, a revival of the world trade talks has been decided. And the declaration of the G20 summit of world leaders in 2009 also included a pledge to complete the Doha round. But how could a conclusion be reached? Many experts think that only a few more steps are needed for an agreement. According to them only China and the US would have to be on board to create the momentum for a speedy agreement. Some economists and former WTO director-generals took the initiative to revive the talks in January 2011. They urge the leaders of the world's big-

gest economies to commit themselves to finish the round by the end of this year. But how such a deadline could be made binding is far from clear. The International Chamber of Commerce already supports this idea and deadline. But more support will be needed.

#### Global trade outlook

Would a conclusion of the Doha-development-round boost the world economy? Probably. Fact is that concluding the Doha-round would mean less trade barriers and that would mean an increase of trade which could bring "prosperity" to many countries. However, not all countries and people would clearly benefit from more and freer trade and the distribution of wealth does not necessarily be fair. Pascal Lamy, the current WTO director-general describes free trade as "welfare efficiency creating", but at the same time calls for the necessary adjustments to mitigate risks and losses international trade can provoke globalisation. That

is another core problem of the WTO. The way the trade rules are created cannot really be described as democratic and fair.

However, it is a matter of fact that the WTO is the only global organisation which is responsible for global trade rules and it is without a doubt, that it is with its 153 members the most inclusive trade organisation we have on this globe. There is thus one case in point: global trade needs global rules! It is clear that certain developing countries still need to be treated differently and that social side measures are needed to deal with the 'losses of globalisation'. Fact is that without the conclusion of the Doha-round, the WTO will continue to lose its pre-eminence in the global trading system, since its member countries pursue their trade interests more and more through bilateral agreements - and that might be a step backwards for many countries. Taking all this into consideration we should clearly advocate for an adequate conclusion of the Doha-round.



Photo: UN-Photo

**WTO Director-General Addresses Financing for Development Conference**

# The U.S. China Relations: America's Fear of Decline

Before the revolutions in the Arab countries, the main topic in the US media and political discussions in Washington was the rise of China and its challenge for the United States. Following are some thoughts about the American debate.

**Text** Katharina Götsch

## Bilateral relations and internal politics

2010 was a bad year for U.S.-China relations - full of contention and disputes about Taiwan, Tibet, human rights and clashes over the unbalanced trade, defined by an undervalued Chinese Renminbi and a huge U.S. trade deficit.

Before Hu Jintao's visit to the U.S. in January 2011, both sides were aimed to prepare a positive ground by reassuring the importance and mutual benefit of cooperation. At the same time, the political leaders of the two countries were under great pressure from interest groups in their respective countries. American labour unions complained about cheap imports from China, with which the American workers could not compete, resulting in more losses in manufacturing jobs.

Republican lawmakers fueled negative attitudes among the U.S. population. All latent fears and reproaches were brought into the passionate debate: the shifting of manufacturing jobs to Asia, where manufacturing are low; China's expanding and modernizing People's Liberation Army (PLA); and human rights violations in China.

As the Administration tried to make the summit a success and a turning point for resetting the U.S.-Chinese relationship, there were politicians like Senate Majority Leader Harry Reid who called Hu Jintao a "dictator" on TV. The absence of Liu Xiaobo, a Chinese dissident in prison, at the Nobel Peace Prize ceremony was picked up by all mainstream U.S. media.

In the end, the Hu-Obama-Summit was seen as a success and relations are at a long term high. Still, there are deep running antagonisms. And the summit did not remove the wide-spread fear in the U.S., that the days of their hegemonic power could be numbered. Are the misgivings legitimate?



Photo: Official White-House-Photo

## U.S. President Barack Obama and President Hu Jintao of China

### Three challenges

The main issues that dominate the debate in the U.S. are (1) concerns about China's increase in military spending, (2) the economic unbalance – meaning that China is growing rapidly, whereas the U.S. has very small economic growth and a tremendous trade deficit and (3) a kind of cultural clash with a power, that has an authoritarian one party system, a huge population of which a big part still lives in poverty and a market economy controlled by the central state. I will discuss the first two aspects briefly and turn to the question of a cultural clash in the last section.

The U.S. spent about \$663 billion for the military in 2009, compared to China's \$98.8 billion (SIPRI) budgeted for the PLA. The U.S. invests more than 4 % of its GDP for defense (China 2 %) and absolute expenditure is still rising, while Chinese investments in the PLA are slightly decreasing. The budget of the U.S. Department of Defense is still higher than the military expenditures of China, France, UK, Russia, Japan, Germany, Saudi-Arabia, India and Italy put together. China will not pass the U.S. militarily for a long time. But there is still

the fear that China might become the leading power in the Asian-Pacific region.

### Economic growth and unbalance in trade relations

The Chinese economy grew 10.3 % in 2010, compared to the 2.9 % of the U.S. If China can maintain its exceeding economic growth, it will surpass the U.S. in GDP within the next two decades. This is the threatening fact that U.S. politicians and scholars often bring into the discussion to show the need for action. But, as Joseph Nye mentions, there are two factors, that qualify this deterministic perspective of China's future dominance.

First, economic growth rates tend to slow down in developing countries once they reach a certain level of per capita income. In addition China will face serious domestic challenges like an aging society, growing inequality, climate change, and the perils of social and political discontent. Second, the Chinese catch-up in GDP with the U.S. would mean that "the two economies would be equivalent in size but not equal in composition" (Nye 2010, 180). China has an advantage because its

population is more than four times as large, but its average income lags far behind.

### Does China's rise inevitably mean America's decline?

The conclusion is that the challenges to the American exceptional global position are real, but should not be overestimated and lead to a new rivalry or a new Cold War as Henry Kissinger cautioned recently. Or as Joseph Nye puts it: "Some Americans react emotionally to the idea of decline because it touches a raw nerve in politics, but it would be counterintuitive and ahistorical to believe that the United States will have a preponderant share of power resources forever". Sometimes the debate about the threat of China tells "us more about psychology than about underlying shift in power resources".

### Power and fear – two sides of one coin

The concept or self-evidence of being a superpower and remaining the hegemon since the end of the Soviet Union frames the U.S. debate. Along with it go fears of losing this position.

After a long time of prosperity and global leadership, the U.S. was hit hard by the financial crisis. Not only did this disclose their vulnerability; however, it raised doubts about unregulated free markets and American capitalism. The U.S. experienced a more serious however subtle, Sputnik-moment when it became obvious that China and other developing countries were hit less hard and recovered much faster than most Western states. China's economic growth slowed down in 2008 but bounced back to 9.1 % of GDP compared to the U.S. negative 2.6 %. This fueled fears of losing the hegemonial global position. Some even see a cultural clash of the free market, liberal model of the West and the authoritarian, repressive state capitalism of China. Joseph Nye brings his concept of "smart power" into the discussion, that al-



Photo: Official White-House-Photo

### Army Colonel David Anders escorts President Barack Obama and President Hu Jintao of China as they review the troops on the South Lawn of the White House, 19. Jan, 2011.

lows us to see the rise of China and America's fear of decline in a more sophisticated perspective.

He asks whether a country is able to combine hard and soft power in a way that allows it to invest its resources effectively to reach a desired outcome. And in these terms, the U.S. is still ahead of China, which nevertheless "has deliberately decided to invest in soft power resources as to make its hard power look less threatening to its neighbours and thus develop a smart strategy".

So why is the U.S. still so afraid of China's rise? One element is the weakening of the U.S. economy and self-confidence in the the financial crisis and the recession. Political analysts often refer to historical analogies that tell us how the rise of a new global power usually brought a military conflict with the former superpower (e. g. the rise of Germany in the early twentieth century). In this realistic perspective international relations are

a zero-sum game, where the rise of one power has to cause the decline of another. Some policy-makers now try to utilize the wide-spread debate about decline to mobilize the population for a common exertion: "winning the future" by making the U.S. the leader in innovation, business and culture is what Obama called this in his recent State of the Union address.

So while the challenge is real, the study of U.S. debates about China also tells us a great deal about a special American attitude. As Nye puts it: "Some see the American problem as imperial overstretch, some see it as relative decline caused by the rise of others, and some see it as a process of absolute decline or decay. Such projections are not new. The Founding Fathers worried about comparisons to the decline of the Roman republic. A stand of cultural pessimism is simply very American (...)".

# Tough Times for Village Bankers

Initially successful concepts of microfinance have become institutionalized. Business now runs on big scale and low quality standards. **Text** Simon Rutar

## Early days of micro finance

Nusrat lives in a small village, 150 kilometers away from Bangladesh's capital Dhaka. She and her husband Abdur are running what can be considered a small family business. Nusrat is crocheting seat covers, supplying a wholesaler. She is also taking care of a cow, three ducks, some chicken and the vegetables in front of the house.

Abdur also operates a Rickshaw in a neighboring village, and since they own the two-wheeled cart, they occasionally rent it out to other men in the village. A few years ago, before they heard about micro credits they lived hand-to-mouth. Nusrat decided to ask for a loan at Grameen Bank, a pioneer in the field of microfinance. Although she could not provide any collateral, Nusrat still was granted a loan. She successfully invested her first grant in material for producing seat covers and in poultry to sell the eggs. At the borrowers meeting she was managed to meet her weekly interest payments, until she showed no more outstanding debt.

Muhammad Yunus, founder of the Grameen Bank will tell many similar stories. 30 years ago, no one believed in him when founded his bank. Yunus figured out that many poor people only need a tiny amount of money to buy raw materials and start their own business. The first loans he granted out of his own pocket, then he established the company as proper bank. The customers today are overwhelmingly women, mainly because they are more affected by poverty and conscientiously repay the loans.

This may be one of the reasons that, according to microfinance organizations, the repayment rate is above 95 per cent. The bankers in charge are usually from the same part of the country as where they operate in. They know the clientele and their challenges. Instead of collateral the borrowers entrepreneurial spirit and business model are at the very fore. The reason this works out, is mainly



**Nusrat and Abdur**

because the poor are extremely entrepreneurial as a matter of survival. As of the end of 2010, the Bank reported 8 million borrowers, 97 percent of whom are women. Conterminal with its name, meaning village, the bank only operates in rural areas of Bangladesh, serving around 81,500 rural settlements. In order to obtain loans a client must join a group of borrowers.

This group of usually 5 to 10 women serves as a motivating factor and creates social pressure to successfully repay the installments. The basic idea that inspired the Grameen Bank was to drive a worldwide microcredit movement. The bank is promoting its model and teaching similar organizations everywhere to launch their micro fi-

nance schemes. In 2006 Yunus and his bank were awarded the Nobel Peace prize for "their efforts to create economic and social development from below".

## Globalization of micro finance

Since Yunus gave out his first loans in the eighties, microcredit schemes have spread throughout the developing and even the developed world. They are considered a key to charging development and alleviating poverty. Microfinance institutions à la Grameen Bank popped up in more than 60 countries. For example, there are more than 700 microloan programs only in the United States of America, and there are an estimated 3.5 million

people alone in the UK who do not have a bank account or access to credit. Worldwide, the total volume in this sector is around 250 billion dollars.

The model has already swayed many of the big banking institutions. Giants such as the Deutsche Bank and Morgan Stanley set up investment funds. Indian banking giants acted accordingly and India became the biggest market for mini credits worldwide. SKS, the leader in the field was able to collect 350 million dollars of new assets with an initial public offering at the Mumbai stock exchange in the summer of 2010. Institutions are growing with high speed, thus quality standards for granting loans are suffering. To convince investors, the institutions need steadily increasing growth rates. In recent times, romantic notions of micro finance became a bit crooked.

Many suppliers are using schemes not meant for aid projects, but see micro financing as a way to make profit. Although they are promoting the Grameen model of only serving women in self-help groups, aiding those seeking start-up money to build tiny businesses, they do not have resources to check each borrower's intention on-site. It became common for borrowers to pay back a loan by taking out more credit from a different supplier. This led to an excessive debt overload for some borrowers. Especially, in South-East Asia, where microcredits are widely spread, calls for more regulation from governments emerged. Considering the critics, Yunus is campaigning for uniform interest rates. In some countries, many poor have to pay up to 100 per cent, and the average rate lies around 34 percent.

#### Effects of microfinance

A tough discussion is taking place about the effect of microloans. Studies suggest a positive effect on poverty, but only in a couple of cases it is verified that the rise in income and higher levels of education are caused by the credit. Often, neither the productivity of the borrowers nor their income is

growing on a sustainable basis. The model only does work in areas where the borrowers have the possibility to build up small businesses. It is estimated that in those cases around a third of loan-takers may escape poverty within a period of three to five years.

#### Micro investments reach glass ceiling

Sometimes, microfinance is just a stepping-stone for further growth. Even though, Nusrat's investment in a cow, three ducks, some chickens and the vegetables in front of the house may not grow into a big farm, she and her family were able to take their lives in their own hands. Their household was stabilized and their children were able to go to school regularly.

A microloan may be a tremendous tool in the hands of the poor. Indeed, it might need stronger governmental regulation, but millions of individual success stories demonstrate that micro credits, granted in observance of proper quality standards, are alleviating the effects of rural hardship and make a valuable contribution in the fight against poverty.



**Women meeting at the Grameen Bank**

# La Françafrique - Anfang und Ende der traditionellen französischen Afrikapolitik

Seit der Kolonialisierung ist Frankreich sehr stark in die Geschehnisse am afrikanischen Kontinent involviert. Was aus Eigeninteresse und Eigennutzen entstand, hat sich zu einer synergetischen Zusammenarbeit hin entwickelt. Die Unabhängigkeit zahlreicher afrikanischer Länder hatte keinen negativen Einfluss auf die Beziehungen zu Frankreich, die französische Politik sprach hier sogar vom Übergang zu einer neuen Form enger und freundschaftlicher Beziehungen.

**Text** Michael Klampfl

**Frankreich war** nicht nur bedeutender Partner zahlreicher afrikanischer Staaten, sondern auch über lange Zeit, mit militärischer Präsenz, ein stabilitätssichernder Faktor. Auch für Frankreich selbst war Afrika eines der zentralen Themen, so wurden etwa die zentralen Instanzen der französisch-afrikanischen Kooperation beim Präsidenten persönlich angesiedelt und nicht, wie es thematisch passend gewesen wäre, im Außenministerium. „Frankreich kann ohne Afrika nicht gedacht werden.“ So entwickelte sich auch eine sehr traditionsbehaftete Afrikapolitik.

Im Laufe der Zeit und mit Veränderung der französischen Regierung, kam es allerdings auch zu Veränderungen in der Afrikapolitik und den Interessenskonstellationen, sodass das Frankreich-Afrika-Regime „Françafrique“ erst mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und schließlich mit Beginn des 21. Jahrhunderts nach fast einem Jahrzehnt der Streitigkeiten und Unklarheiten in der Afrikapolitik zu einem Ende kam.

Generell kann festgestellt werden, dass sich die traditionelle französische Afrikapolitik auf die Macht des französischen Staatspräsidenten einerseits und die Verhandlungen und Beschlüsse der „Cellule africaine“ andererseits stützt. Somit lag alle Macht in Bezug auf afrikapolitische Fragen in Paris, konkreter gesagt im „Elysée“ vereint. Seine Kontrolle in gewissen außenpolitischen Fragen wie etwa jenen in Bezug auf Afrika ist weiters in der französischen Verfassung unter Artikel 14 und 52 festgeschrieben. Nachdem der Präsident durch Artikel 15 der französischen Verfassung ebenfalls Chef der Streitkräfte ist, kann er auch ohne Zutun des Parlaments über Missionen im Ausland entscheiden.

In der V. Republik Frankreichs unter dem Präsidenten Charles de Gaulle, fand das Regime „Françafrique“ seinen Ursprung. Es war eine



Photo: Flickr

nachhaltige Politik, welche die Machtstellung Frankreichs weltweit beeinflusste, da kaum ein anderes „westliches Land“ so stark in Afrika involviert war. Frankreich hatte somit faktisch freie Hand, nahm ehemalige belgische Kolonialgebiete wie etwa Ruanda unter seine Fittiche und baute eine aktive Politik auf, welche sogar in „Subsahara-Afrika“ noch Wirkung zeigte.

Die USA war mit dieser Politik einverstanden und sah keinen Grund sich einzumischen, die UN erteilte den Handlungen Frankreichs eb-

enso Zustimmung, was den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sicherte und Frankreich zur operativen, befehlshabenden Kraft der meisten UN-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent machte. Stabilisierende Militäroperationen sowie die Einrichtung von Militärbasen verschafften dem Staat auch schnell den Ruf als „Gendarm Afrikas“.

Es wurden Militärhilfeabkommen mit über 25 afrikanischen Staaten unterzeichnet, welche militärische Beratung, Ausbildungshilfen aber auch

Waffenlieferungen beinhalteten. Wie bereits vorher zitiert zählte de Gaulle als Urheber dieser Politik um 1965 zu einer der bekanntesten Personen in ganz Afrika.

### **François Mitterand**

Als Mitterand 1981 als erster Sozialist in der V. Republik das Amt des Präsidenten antrat, wurden hohe Erwartungen an seine Afrikapolitik gelegt, welche er mit Aussprüchen wie „Ohne Afrika wird es keine Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert geben“ bekräftigte.

Schon bald jedoch enttäuschte er in seiner Funktion sehr, denn er führte die traditionelle Afrikapolitik de Gaulles weiter und ignorierte jegliche Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent, welche einer solchen Politik entgegen standen. Nach Beginn seiner zweiten Amtszeit 1988 und dem Ende des Kalten Krieges sank das internationale Interesse an Afrika stark.

Mitterand hielt jedoch weiterhin an derselben Politik fest und fand sich bald inmitten zahlreicher Interventionen und Unabhängigkeitskriegen wieder, was Frankreichs guten Ruf als „Gendarm Afrikas“ bald darauf zunichte machte, ja sogar negativ belegte. Auch die Kosten Frankreichs steigerten sich enorm, da immer mehr Unterstützungszahlungen eingefordert wurden, der wirtschaftliche Anreiz bereits seit Jahren abgenommen hatte und die afrikanischen Staaten Frankreich schon lange nicht mehr den Respekt zeigten, wie zu Zeiten de Gaulles.

Mitterand beging auch entscheidende Fehler am kultur- und gesellschaftspolitischen Sektor. So wurde die Aufnahme von afrikanischen Migrant\*innen in Frankreich erschwert und die einst blühende französisch-afrikanische Kulturpolitik fand ebenso ihr Ende.

Die Wende in der Afrikapolitik Frankreichs kam 1994, genauer gesagt steht dieses Jahr für den Anfang vom Ende des Regimes „Françafrique“. Es gab zwei fatale Ursachen, nämlich einerseits die Abwertung des afrikanischen „Franc CFA“ um 50 Prozent und andererseits die Verstrickung in Ruanda. Eine Militäroperation in welcher Frankreich versucht hatte, das Hutu-Regime zu stützen scheiterte. Es kam zur Machtübernahme der Tutsis und in weiterer Folge auch zum Genozid, welches 800.000 Menschenleben kostete.

Dies stellte nicht nur die erste Niederlage Frankreichs im postkolonialen Afrika dar, sondern war auch von Anschuldigungen zur Beihilfe zum Genozid begleitet. Was folgte war ein „Ruanda-Trauma“ in der französischen Afrikapolitik, welches bewirkte, dass Interventionen in Afrika nur mehr sehr spärlich bis gar nicht stattfanden und damit begonnen wurde, sich mehr und mehr aus Afrika zurückzuziehen.

### **Jacques Chirac**

Die bestimmende Stelle der Afrikapolitik in der Ära Chirac war Außenminister Jospin. Er entmachtete den Präsidenten in afrikapolitischen Fragen und versuchte eine Normalisierung des Status Quo zu erwirken. Was jedoch mit wohlwollendem Bestreben begann, endete in einer Politik mit dem Motto: „Ni ingérence ni indifférence – weder Einmischung noch Gleichgültigkeit“. Man versuchte die Kritik an Frankreich einzudämmen, zog sich unter mehreren Vorwänden aus großen Teilen Afrikas, vor allem den Subsahara-Gebieten zurück und begann zu akzeptieren, dass die „glorreiche Zeit der Françafrique“ zu einem Ende gekommen war.

Die offizielle Policy lautete jedoch Unterstützung\*en zur Krisenbewältigung zu liefern und Staaten Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. Auch drängte

Frankreich die USA, EU und UN zu verstärkter Mithilfe am afrikanischen Kontinent. Nachdem Chirac sich 2002 des Außenministers entledigte, kündigte er eine „afrikapolitische Relance“ an. Dem steigenden weltpolitischen Interesse an Afrika nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 sollte Rechnung getragen werden, jedoch schien es dafür bereits zu spät zu sein.

Die Zeit von 1994 bis 2004 war ein langer Sterbeprozess eines einst wichtigen Regimes und ein Jahrzehnt der Agonie. Der endgültige Tod der „Françafrique“ lässt sich jedoch sehr genau bestimmen. „Frankreich hat ‚sein‘ Afrika in der Nacht vom 6. auf den 7. November 2004 in Abidjan verloren“. In jener Nacht wollten aufgebrachte Menschenmassen die französische Militärbasis in Abidjan, Côte d’Ivoire, stürmen nachdem zwei Tage zuvor, aufgrund eines Angriffs auf französische Soldaten, die Anordnung von Chirac kam die ivoirische Luftwaffe zu zerstören, „die aus zwei Kampfflugzeugen und vier Kampfhubschraubern bestand“.

# „Integrations-Mentoring“ - Ein Zukunftskonzept mit Perspektiven

„Es ist unser aller Aufgabe ein umfassendes „Wir-Gefühl“ und ein gutes Miteinander in Österreich zu schaffen, um vor allem auch den sozialen Frieden zu erhalten“ - so Innenministerin Maria Fekter am Mittwoch, den 12. Jänner 2011, anlässlich der Vorstellung des Expertenrates für Integration und dessen Arbeitsprogramm. **Text** Monica Ioanitorescu

In Österreich leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Mobilität und die Migration innerhalb Europas - und auch weltweit - werden weiter steigen. In den letzten 5 Jahren stellte die Zuwanderung aus dem Ausland bereits 95 % des Bevölkerungswachstums in Österreich dar. Aus diesem Grund gewinnt das Thema Integration zunehmend an Bedeutung.

Mit anderen Worten: Integration findet jede Minute statt! Es ist ein tagtäglicher Prozess der ständig in Bewegung ist. Wichtig dabei ist es, dass der Dialog zwischen Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft zu einer offenen, friedlichen und gelebten Integration führt.

## Was ist „Integrations- Mentoring“?

Der Begriff „Mentoring“ hat seinen Ursprung in der antiken griechischen Mythologie. Mentor war ein enger Freund von Odysseus. Dieser bat Mentor, sich während seiner Abwesenheit um seinen Sohn Telemachos zu kümmern, ihm ein Vorbild zu sein und ihn auf seine künftige Rolle als König von Ithaka vorzubereiten. Seit dieser Zeit wird mit dem Begriff „Mentor“ ein Lehrer bezeichnet, der seinem Schüler Kenntnisse fürs Leben vermittelt. Hinter „Mentor“ versteckte sich jedoch eigentlich Athene, die Göttin der Weisheit. Wie man sieht ist „Mentoring“ ein wirkungsvolles Instrument, das sowohl von Frauen als auch von Männern erfolgreich eingesetzt werden kann.

Das „Intergrations-Mentoring“ oder „Diversity Mentoring“ geht ein Schritt weiter – es macht es möglich, dass sich Menschen aus aller Welt, mit verschiedenem Hintergrund und guter Ausbildung kennen lernen um sie bei der Integration in der Gesellschaft zu unterstützen und selbst neue Kulturen, faszinierende Traditionen und andere Denkweisen zu erforschen. Sowohl der „Mentor“ als auch der „Mentee“ (das Antonym von „Mentor“, pupil) gehen zusammen die Schritte des Abenteuers Wissen! Es ist ein Geben und Ne-

hmen, das für beide Seite Überraschungen und neuen Denkpulse vermittelt.

Ich habe selbst einen Migrationshintergrund. Ich stamme nämlich aus Siebenbürgen (der mittlere teil Rumäniens), besser bekannt als Transsylvanien - dank Abraham „Bram“ Stoker's (1847-1912) „Dracula“ Verfilmung. Ich hatte das Glück, in Österreich sehr herzlich angenommen zu werden. Das Land und die Menschen hier haben mir viel Wertvolles gegeben – eine neue Heimat, in der ich mich wohl fühle, ein toller Arbeitsplatz und vor allen viel Lebensfreude. Das sind alles unbezahlbare Geschenke. Als ein kleines Danke-schön an Österreich selbst und an die Menschen die mir diese Chance gegeben haben, habe ich nach einer Möglichkeit gesucht, mein erworbenes Wissen weiterzugeben und das „Integrations- Mentoring“ ist eine wunderbare Möglichkeit der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Das ist mein kleiner Beitrag zur „Social Responsibility“!

Das „Integrations- Mentoring“ schafft es durch interkulturellen Dialog unsichtbare Potentiale sichtbar zu machen und damit trägt es zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Jedes Land in dieser Welt strebt nach einem guten Schicksal. Eine gute Zukunft wird auch von einer erfolgreichen Integration abhängig sein und die Vielfalt als Chance sehen. Mit diesem Artikel möchte ich allen, die ihn lesen, eine Einladung aussprechen: die Einladung zur Integration, welcher man jederzeit und überall nachkommen kann. Jeder von uns kann daran teilnehmen und das Ergebnis betrifft auch jeden Einzelnen – Weltoffenheit und Toleranz!

## Wie kann man aktiv dabei sein?

Im Programm „Integrations Mentoring“, das auf Initiative der Wirtschaftskammer Österreichs (WKO), gemeinsam mit den Projektpartnern Österreichischer Integrationsfond (ÖIF) und Arbeitsmarktservice (AMS) 2008 initiiert wurde, unterstützen gut vernetzte Akteur/inn/en aus

Wirtschaft, Politik und Kultur qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund beim Einstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt.

Es handelt sich bei „Mentoring für Migrant/innen“ um ein für den deutschsprachigen Raum in dieser Form einzigartiges Programm. Eines der wesentlichsten Kriterien für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist die Aufnahme einer Beschäftigung. Mentor/inn/en aus der Wirtschaft unterstützen Migrant/inn/en bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Herzstück des Programms ist das „Matching“, also das Zusammenführen von Mentor/inn/en und Mentees, Dies erfolgt durch die Projektträger. Beim „Matching“ werden insbesondere berufliche (z.B. Branche, Ausbildung) und regionale Spezifika (z.B. Zielmärkte der Unternehmen, Herkunftsregion) sowie Sprachkenntnisse berücksichtigt. Ziel ist ein gegenseitiger erfolbringender Austausch.

Die Bandbreite der Personen und deren Interessen haben mich selbst sehr stark überrascht und fasziniert. Ich habe talentierte Künstler, begabte Architekten bis hin zu spannenden Meeresbiologen und Atomphysikern kennen gelernt. Mentoring schafft Vorteile für alle Beteiligten und wir alle profitieren davon, sei es durch die Erweiterung des persönlichen Netzwerkes, „Know-how“ Transfer oder den Ausbau von Kommunikations- und „Coaching-Skills“! Das Programm „Mentoring für Migrant/inn/en“ von der Wirtschaftskammer Österreich geht im Herbst in die nächste Runde! „Mentoring für Migrant/inn/en“ wird kontinuierlich weiterentwickelt. Aktuelle Informationen zum Projekt finden Sie unter [wko.at/Mentoring](http://wko.at/Mentoring) oder auf XING!

Ich kann nur allen empfehlen, aktiv mit dabei zu sein, egal ob als „Mentor“ oder als „Mentee“, da die Erfahrung einmalig ist und man die Möglichkeit hat ein kleines Stück Integration selbst zu schaffen! Wagen wir mehr Integration, dann wächst zusammen was zusammen gehört!

# Das neue ungarische Medienrecht

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Mediendiensteleistungen und die Massenkommunikation (huMDG) hagelte es Kritik aus vielen EU-Mitgliedstaaten. Auch die Kommission ließ die Regierung in Budapest umgehend wissen, dass erhebliche Bedenken hinsichtlich der Konformität mit dem Unionsrecht bestehen. **Text** Balazs Esztegar



## Das ungarische Parlament - Geburtsstätte des neuen Gesetzes

Mit dem huMDG wurde in Ungarn ein neues System der Medienaufsicht eingerichtet, dessen Träger die neu eingerichtete Nationale Medien- und Nachrichtenübertragungsbehörde (NMHH) ist. Der Vorsitzende der NMHH, dem die Rechtsstellung eines Ministers mit weit reichenden Verordnungsermächtigungen zukommt, wird unmittelbar vom Ministerpräsidenten für neun Jahre ernannt und die Mitglieder des neu eingerichteten Medienrates von der Nationalversammlung mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Die starke Einflussnahmemöglichkeit der Regierung auf die Besetzung dieser obersten Organe der Behörde hat die ungarischen Oppositionsparteien zur Einleitung eines Gesetzesprüfungsverfahrens beim Verfassungsgericht veranlasst.

Die NMHH hat in Medienverfahren weit reichende Untersuchungs- und Sanktionsbefugnisse. Nach dem huMDG sind fünf Formen der Sanktionen vorgesehen, nämlich die Streichung der Gelder aus dem Medienfonds, die Verhän-

gung einer Geldbuße, die Gegendarstellung bzw. Urteilsveröffentlichung, die vorübergehende Aussetzung der Medienlizenz und die Löschung des betroffenen Mediendienstes aus dem Register. Bei wiederholten Verstößen kann auch über das vertretungsbefugte Organ des Mediendiensteanbieters eine Geldbuße in Höhe von bis zu zwei Millionen Forint (rd. 7000€) verhängt werden.

Die Höhe der Geldbußen gegen den Mediendiensteanbieter selbst reicht – je nach Einstufung und Größe – bis zu einem Strafraum von zweihundert Millionen Forint. Diese existenzbedrohenden Strafen können neben in Ungarn ansässigen Mediendiensteanbietern auch über Dienstleister aus den EU-Mitgliedstaaten verhängt werden, wenn sie ihre Tätigkeit auf Ungarn ausgerichtet haben.

### Kritik der Kommission

Neelie Kroes, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und verantwortlich für die „Digi-

tal Agenda“, hat in ihrem Schreiben an die ungarische Regierung offen die Besorgnis der Kommission mitgeteilt, dass die Bestimmungen des huMDG gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und gegen die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AMRL) verstoßen könnten. Art 11 Abs 2 der Charta garantiert, dass die Mitgliedstaaten die Freiheit der Medien und ihre Pluralität achten.

Zur Entfaltung dieser Pluralität ist ein ausgewogenes und wirtschaftlich vertretbares Kontroll- und Eingriffssystem notwendig. Führt die staatliche Aufsicht aber zu massiven, auch wirtschaftlich einschneidenden Sanktionen, die sich für die betroffenen Mediendiensteanbieter existenzbedrohend auswirken können, wird man eine Verletzung des Rechts auf Pressefreiheit annehmen müssen.

Neben den hohen Bußgeldern hat auch die Regelung nach § 20 huAMD-G weitreichende wirtschaftliche Bedeutung. Sie schreibt allen Mediendiensteanbietern genaue Vorgaben über Inhalt und Ausmaß der Programminhalte vor. Diese müssen mehr als die Hälfte ihrer jährlichen Sendezeit für europäische, mehr als ein Drittel für ungarische Werke aufwenden. Radiosender müssen mindestens 35% der für Musik vorgesehenen Sendezeit für ungarische Musik vorbehalten. Damit wird de facto eine inhaltliche Gleichschaltung sämtlicher Medien erreicht, die einen deutlichen Wettbewerbseinschnitt mit sich bringt.

Im Hinblick auf die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit ist der Bestand von Regelungen wie der allgemeinen Registrierungspflicht aller Mediendiensteanbieter bei der NMHH fraglich, zumal sie eine ungerechtfertigte Erschwerung darstellt und über die in Art 5 der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste vorgesehene Impressumspflicht weit hinausgeht.

# The European Parliament – A new Player in Washington?

With new powers and responsibility under the Lisbon Treaty the EP used 2010 to plant itself firmly on the radar of the U.S. Congress and in transatlantic politics in general. Nonetheless, the US is not known for unilateral approaches to urgent issues without any reason. Therefore developments in the transatlantic dialogue have to be assessed according to their real benefit to the EU-US legislative process. **Text** Elisabeth Kollreider

Over a year ago, on 11 February 2010, the European Parliament came to a vote that eventually changed the perception of the institution itself and of its new gained powers in the international community. Despite diplomatic pressure, personal lobbying and strong rhetoric coming from US officials and other EU institutions the European Parliament rejected a U.S.-EU agreement known as the SWIFT accord, which was seen as a crucial tool in counter-terrorism investigations.

Although the bank data sharing deal was finally approved the second time it was put to a vote in July 2010 several EP demands regarding data privacy protection for EU citizens were taken into account in the new version of the SWIFT. The European Parliament strongly positioned itself on the radar of the US capitol and the US administration and made it clear that it would not shy away from exerting its new powers gained under the Lisbon Treaty. US policy makers had to acknowledge the EP as an important (f)actor in shaping EU-US relations. “We need each other more than ever,” vice president Joe Biden told the EP in March 2010, the US ambassador to the EU, William Kennard, asserted that there was an urgent need to nurture relations, especially between Congress and the EP, than US Congressman William Delahunt saw the beginning of a new relationship with its European counterpart.

## The U.S. Congress and the European Parliament – A new Cooperation?

Consultations between the U.S. Congress and the European Parliament are nothing new. Formal exchanges between the U.S. House of Representatives and the EP can be traced back to the year 1972 when a group of Members of the House traveled to Brussels to share views, e.g. on agriculture subsidies and general trade-related areas. These initial parliamentary contacts became known as the Inter-parliamentary Group

which then met formally twice a year, once in the United States and once in Europe. Taking into account the changes resulting from the ongoing European Integration and with history at hand the focus and purposes of the inter-parliamentary exchanges turned to foreign policy agendas. Encouraged by the end of the Cold War and a new political European landscape exchanges between the two legislative institutions were even further stimulated by the launch of the New Transatlantic Agenda at the U.S.-EU Summit in 1995 with four main areas of potential joint actions. However, provisions strengthening parliamentary links were last to be implemented by formalizing the talks and renaming the group as Transatlantic Legislators’ Dialogue (TLD) at their 50th meeting 1999, joining the transatlantic dialogue already consisting of the Transatlantic Business Dialogue and the Transatlantic Consumers Dialogue.

### The Transatlantic Legislators’ Dialogue

The semi-annual meetings of the TLD bring together the European Parliament representation in the TLD (EUTLD) and its counterpart, the U.S. representation in the TLD (USTLD) to deliberate and discuss trade and economic issues, political, social, security and environmental challenges as well as ways to further enhance the dialogue and deepen transatlantic ties.

Since its creation in January 1999 it has held 19 inter-parliamentary meetings and grown in confidence, although observers point out that other than the Congressmen involved, the TLD still remains relatively unknown in the U.S. Congress unlike the importance given to it by the EP. Looking at the existing structural approach on both sides of the Atlantic the difference in emphasis cannot remain unnoticed. The members of the EUTLD, usually more than 20 MEPs, are drawn from the EP Delegation for Relations with the United States (D-US), the largest EP delegation with 53 MEPs,

and are led by the two chairmen of the Steering Committee, a coordinating body consisting of eleven chairs of various standing committees and the heads of the D-US. While a broad representation of MEPs and a certain level of continuity are secured through the structural provisions, the USTLD, by contrast, has no such provisions other than the appointment of its chair and vice chairs by the heads of the House Foreign Affairs committee.

Participation in the USTLD depends largely either on personal interest of the respective Member or the ability of the chair to convince his colleagues to attend the semi-annual meetings, thus strongly limiting continuity and broad representation. While the EUTLD is supported the EP’s Directorate-General for External Policy (DG-EXPO) and a secretariat, which includes six permanent EP staff solely dedicated to the coordination and operations of the TLD, the USTLD has three principal staff that besides the TLD bears many responsibilities within the structure of the House Foreign Affairs Committee.

One event that raised the visibility of the TLD was the appointment of the TLD to the Advisory Group of a new institutional structure to boost economic cooperation, the Transatlantic Economic Council (TEC), launched by the EU and the US on the occasion of the bilateral Summit held in Washington in April 2007. Shaping policies relating to regulatory corporation and convergence by addressing relevant issues jointly in the Advisory Group the TLD is presented with a chance to apply its lessons learned there to extend its partnership beyond TEC-related issues. The most recent effort in strengthening ties and the mutual understanding between the Congress and the EP has been the final implementation of a long considered proposal, the assignment of EP staff to Washington D.C. and the official opening of a representative office –the EP Liaison Office with

the US Congress (EPLO) in April 2010. The invitation to the U.S. Congress to set up reciprocal congressional liaison office in Brussels so far remains unattended.

### The European Parliament Post-Lisbon

The EP is considered the “big winner” of the Treaty of Lisbon. Since its entry into force the Lisbon Treaty has increased the lawmaking powers of the only directly-elected EU institution by putting it on equal footing with the Council of Ministers in deciding on the vast majority of EU legislation. With the new gained legal authority to veto international treaties and the last say on the EU budget the EP becomes a new influential player in transatlantic politics, with implications for U.S. interests, for its role in the TLD and also for other European institutions that engage in bilateral negotiations.

### Theory versus Reality

More than one year into the Lisbon Treaty and the new representation office in Washington D.C. the transatlantic relationship has been discussed and deepened in two Inter-parliamentary meetings. But even as the discussion on the SWIFT seemed to have come to a positive end, other potential hurdles in the US’ relationship with the EP appeared on the horizon or became sources of deep concerns. European officials for examples were irritated by certain protectionist provisions in the U.S. stimulus legislation, as well as in U.S. energy and climate bills.

Another occasion where MEPs have expressed “serious concerns” about the legislative approach put forward by the US legislation was the US Travel Promotion Act, which implemented a 10 \$ fee per person as discouraging transatlantic travel

and tourism. These unilateral and sometimes discriminatory pieces of legislature contravene the function and purpose of a TLD, the avoidance or reduction of tension by early consultation and coordination between legislative bodies on both sides of the Atlantic.

### Back to the Future

As things can always change many experts still believe that if certain deficits of the TLD are more fully addressed, the TLD can still become an organization capable of taking on a more important stakeholder role in promoting inter-parliamentary cooperation and a stronger voice for transatlantic relations in both the U.S. Congress and the EP.



European Parliament and U.S. Congress - similar?

Photo: Europarl

# GOD for President?

## How Religion and Politics work out Differently in the US and Europe

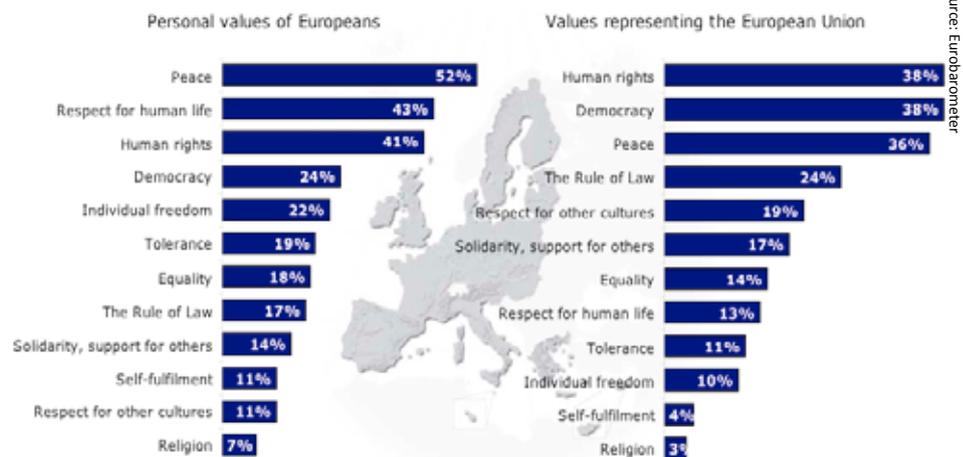
“On my arrival in the United States the religious aspect of the country was the first thing that struck my attention; and the longer I stayed there, the more I perceived the great political consequences resulting from this new state of things. In France I had almost always seen the spirit of religion and the spirit of freedom marching in opposite directions. But in America I found they were intimately united and that they reigned in common over the same country.” Alexis de Tocqueville, 1835 (*Democracy in America*) **Text** Christian Wigand und Cornelia Schauer

**Differences between** the United States and Europe with respect to religion in the public sphere have been perceived for many years, not least by French philosopher Alexis de Tocqueville. Contemporary observers note the distinct role religion plays in politics on both sides of the Atlantic. Such differences have notably come to the fore during the presidency of George W. Bush (2001-2009), whose religious rhetoric triggered lively discussions in the media as well as in academia.

The political influence of evangelical Christians in particular on politics in America was hard to grasp for many European observers. Yet even after the Bush-era, religious issues do not seem to have lost importance in “God’s own country”. On the contrary, the US presidential election campaigns in 2008 were full of religious elements. The first joint appearance by the presidential candidates took place at the Saddleback megachurch on the initiative of the evangelical pastor Rick Warren. Both the Obama and the McCain campaigns developed strategies to win the evangelical vote. In the primaries, the relationship of Obama to his pastor Jeremiah Wright was a highly debated topic.

While Europeans are stunned by religious elements in US politics, Americans, on the other hand, are sometimes puzzled by what they perceive as a relative lack of piety in Europe. This view is often connected with warnings of a “Eura-bia” scenario in light of Europe’s demographic decline and the growing number of Muslim immigrants. In short: when it comes to religion and politics, Europe and America are worlds apart.

This article lays out some of the more convincing explanatory models for this phenomenon, with one line of argument focusing on political culture, and another on the political system.



### Political culture

In order to shed light on the different political cultures in the United States and Europe, historical and philosophical differences, the role of personal faith, and the concept of “civil religion”, must all be taken into account. History reveals the roots of different understandings of church-state relations and religious freedom. European thinking is molded by the historical experience of dominant and often powerful state or monopoly churches and therefore interprets religious freedom as the tolerance of minorities.

The American tradition, in contrast, emphasizes religious freedom out of the persecution experience of the founding fathers, as well as out of necessity in the absence of one dominant religion. Religious freedom means real equality for all creeds. Separation of church and state, therefore, exists to protect religion from the state. In Europe (especially in France) it is the other way around. The Reformation (or the lack of in the French case) emerges as a crucial factor in the development of different enlightened traditions.

Whereas the French ideal of *laïcité* tries to ensure freedom from belief (at least in the public sphere), the American ideal of liberty aims to guarantee the freedom to believe. These different philosophical traditions also generated different understandings of secularity and secularization on both sides of the Atlantic.

These different interpretations of secularization have become clearly visible in respective attitudes towards faith in politics today. The European Values Study and the World Values Survey asked about attitudes to religion and politics, and the role that religion and religious leaders should play. 31% of American respondents agreed or strongly agreed with the statement “Politicians who don’t believe in God are unfit for public office” (World Values Survey 2005-2009). This was about twice as many as in the average European country. Over 40 percent of US respondents wanted more people with strong religious beliefs in public office. Only 12.7 percent of respondents in France supported that statement. The proportion in Austria was 26.6 percent, representing the highest percentage among the EU-15 countries

only after Greece (32%). In the US, historically, strong personal faith has often been an asset in campaigns, in particular if a candidate is a member of what is perceived to be a 'mainstream' faith. Whereas the personal faith of voters and politicians has a significant influence on election results in the United States and religious candidates are usually favored, personal belief is rather seen as a completely private affair in Europe.

When it comes to the concept of "civil religion" differences again prevail. While most scholars would acknowledge the existence of some sort of Judeo-Christian civil religion in the United States, the Christian heritage of Europe rather is a bone of contention on the continent today. If the European Union has anything close to a "civil religion", it is certainly closer to a secular-relativist approach than to the American model.

**Political system**

In terms of church-state relations European states employ three basic models: separation, establishment and cooperation. A clear separation is only to be found in France, although with a distinctly different ideological underpinning than in the American case, and considerable differences in its practical application. In general it can be said that there is stronger legal entanglement between church and state in Europe than in the United States. Nevertheless, both religious vitality and the impact of religion on politics are higher in the United States than in Europe; a notion that can be described as the "constitutional paradox". On the EU level, no clear model has yet emerged as the Union has not, to date, been given the necessary competences. A unique feature of the US system is the decisive role of the Supreme Court in church-state matters. The Court constantly determines the balance between the constitutional ideals of disestablishment and religious freedom.

This fragmentation of legislative power between the federal institutions and the comparably weak federal government, as well as weaker parties makes the American political system more prone to the influence of interest groups than, for instance, the British one. Religious interest groups have been significantly more successful in the United States than they have been in Europe.

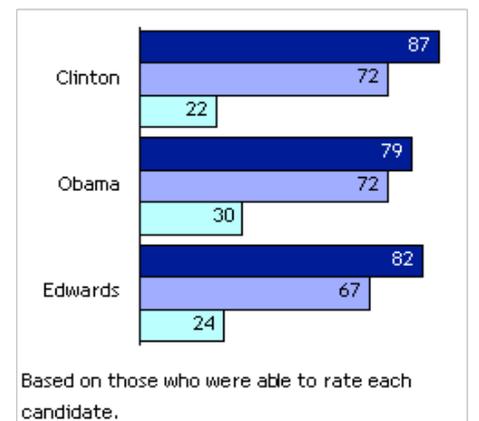
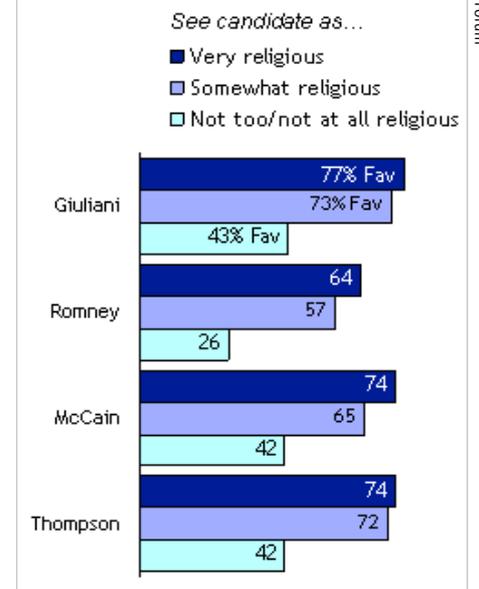
**Secularization or Sacralization of Politics in the 21st Century?**

A lot may have changed since the days of de Tocqueville, yet his basic observations on religion and politics in the US and Europe can still be said to be valid today. It remains to be seen if such differences will persist as European traditional religious systems increasingly run into trouble, both in terms of acceptance and in terms of membership and finance. It will be interesting to see if and how this changes the relationship between religion and politics in the future.

Will America finally bow to the modernizing axiom of secularization theory? Most probably not. In America, religion will, in all likelihood, continue to play a central role in society as well as in politics. Will we witness more religion in politics in the European political arena in the 21st century, if not even a desecularization (or sacralization) of politics on a global scale? Are we going to see "the revenge of God", as Gilles Kepel put it (even before 9/11)? Or will secular rationalism be Europe's new "religion", the overriding norm, as classical secularization theory would suggest? Unlikely so. In the context of post modernity, sociologist Grace Davie argues it to be "more likely that belief of some sort will go on existing alongside more secular understandings of life. The relationship between them will be long-term and complex, rather than one simply replacing the other." On a global scale, multiple roads to modernity are

likely to prevail. As a result, tolerance will prove even more crucial in the future for a functioning (ever more diverse) society and world.

**"Somewhat" Religious Image Garner Broadly Favorable Ratings**



Based on those who were able to rate each candidate.

Source: Pew Forum

# The New Ruins of Pompeii

The ancient city of Pompeii is one of the best sources to gain an insight into life in antiquity, as its ruins lay perfectly preserved under a layer of ashes for hundreds of years. Today however, the excavated site is starting to decay, because the Italian government puts too little effort in the cities care and preservation. Due to the lack of proper renovation, some of its buildings have already caved in – lost forever for generations to come. **Text** Nicole Kanne

## The downfall of an ancient city

In 79 AD the ancient Roman city of Pompeii was completely destroyed by the eruption of the volcano Mt. Vesuvius. During this eruption all of the city, including its streets, buildings and inhabitants, were buried under a layer of ashes, that was nearly 25 m thick. This natural catastrophe brought an effective end to the city's history, as it lay buried under the ashes for over 1500 years until its rediscovery in 1599.

## A contemporary witness for antiquity

The complete burying has, however, led to an excellent stage of preservation of the whole city. Compared to other ancient sites, whose remains over time got lost, stolen or simply worn down because of natural conditions, Pompeii offers a great insight into people's life, as its leftovers offer a snapshot of everyday life in antiquity. Today, the old ruins attract millions of tourists each year and are one of the most popular sites for visitors in Italy.

## Pompeii today

According to this enormous popularity, one might think the excavated city should be well taken care of by the government, but quite the opposite is true. Only very little effort is made for the maintenance of the excavations and money is spend rather on advertisement for tourists, than on the preservation itself. Yet, many of the excavated sites are closed down and can't be visited.

On Sunday November 6th 2010 the 2000 year old "House of the Gladiators" on one of the city's main streets collapsed. The building was partly destroyed by bombs during the Second World War and renovated in the 1940s. It is believed to have used as a gymnasium and armory for young men. The house had been closed down for



Photo: Flickr

## A view on parts of the excavated city and Mt. Vesuvius

tourists for several years already, because it was found to be in danger to cave in, but heavy rain-falls the days before the collapse must have made its fundament even more unstable. The building's interior equipment and its wall paintings are now lost and with it the information that it brought along about its users and the time they lived in.

## Italy's cultural policy and the role of UNESCO

Pompeii, however, is not the only archaeological site in Italy that lacks proper preservation. In March 2010 for example, parts of a corridor in the "Domus Aurea", the villa of Emperor Nero in Rome, also collapsed. This is even more startling, since roughly one sixth of the worlds cultural heritage is located in Italy.

Surprisingly though, the country has one of the lowest budgets for cultural matters in all of Europe, as it makes up only 0.18 percent of the countries national budget.

Since the ruins of Pompeii are a UNESCO World Heritage Site, one could expect international efforts to protect the city from further decay. Indeed, UNESCO did urge the Italian government to improve Pompeii's care and preservation and even threatened to take the city of the World Heritage list, but this didn't have a big impact so far. UNESCO itself seems to be more encouraged with the preservation of immaterial World Heritage at the moment anyway, as the French cuisine was admitted to the list of the immaterial World Heritage list just recently.

## A forecast of Pompeii's future

The caving-in of the "House of the Gladiators" was followed by other collapses in December 2010, destroying further cultural assets for future generations. If there won't be any serious changes in Italy's cultural policy regarding the preservation of ancient sites, Pompeii might have to face a second downfall – this time for good.

# „Frauen und Kinder zuerst!“

Eine qualitative Ist-Standsanalyse zur Implementierung der SR-Resolution 1325 im Österreichischen Bundesheer im Einsatzraum an den Beispielen Kosovo, Bosnien und Herzegowina und Golan. **Text** Ulrich Saxer

Dem Rezensenten sind die Möglichkeiten und Schwierigkeiten transkultureller Projektarbeit aus eigenen Forschungserfahrungen in Drittweltländern, vor allem Westafrika, bekannt. Bedauerlicherweise ist die entsprechende kommunikationswissenschaftliche Feldarbeit in jüngster Zeit rückläufig, wohl auch wegen des besonderen Aufwandes und der spezifischen Probleme, die damit verbunden und die mit den Routinen der Mainstreamforschung nicht zu bewältigen sind. Dabei zeigt gerade A. Kwiecinskis Untersuchung, wie unerlässlich und wegleitend vermehrte qualifizierte empirische Erhellung der Leistungen der um die Förderung von Frieden und Sicherheit bemühten Organisationen und deren etwaige Orientierung und wie zentral Sensibilität für kulturelle Differenzen für den Erfolg solcher Anstrengungen ist. Das österreichische Team um die Autorin meistert die vielfältigen Hindernisse, die sich der Realisierung eines solchen Forschungsvorhabens entgegenstellen, mit bemerkenswerter Zähigkeit und grosser Umsicht.

Nur eine explorative Untersuchungsanlage ist geeignet, die überaus komplexe Problemkonstellation, mit der das Österreichische Bundesheer in den drei Einsatzräumen konfrontiert ist, sachgerecht zu erfassen, d.h. mit einem wohl problemorientierten, aber weiten theoretischen Focus und entsprechend flexibler Methodik. Nicht um quantitative Relationen geht es ja, die zwar soweit möglich als Strukturbefunde auch erhoben werden müssen, sondern um vertiefte Einsicht in die Violdimensionalität inter- und transkultureller Beziehungen. Eine qualitative Analyse, wie das Team es realisiert, ist optimal ergiebig, zumal wenn sie sich wie hier auf einen kompetenten und umfassenden Fragenkatalog abstützt und zugleich durch Kontrollmechanismen ihre Validität erhöht. Auf dieser Basis vermag die Autorin, um der Lesbarkeit willen unter Verzicht auf ein Übermass an fachspezifischem Jargon, einen faszinierenden Einblick in die sozialpsychologische Be-

findlichkeit der mit der Implementierung der Gender-Resolution 1325 des Sicherheitsrates gefassten Armeeingehörigen und in die objektiven Schwierigkeiten dieses Auftrages zu vermitteln.

Die Aufarbeitung und Präsentation des reichen, unter schwierigsten Bedingungen erhobenen Datenkörpers erfolgt mit grosser Sorgfalt und überzeugt vor allem durch die Vielfalt und Authentizität der persönlichen Zeugnisse eines solchen Einsatzes. Sie spiegeln eindrücklicher als restringierte theoretische Ableitungen mit vielen Unwägbarkeiten ein solches transkulturelles Projekt der Genderoptimierung zu rechnen hat und sind von hohem didaktischem Wert für die Ausbildung. Allein schon das Wissen um die unterschiedliche kulturelle Bedeutung von Blickkontakten (S. 179) vermag die unerlässliche Sensibilität der in solchen Einsätzen Involvierten erfolg-

sentscheidend zu erhöhen. Zumal auch der reale und mögliche Beitrag von Frauen an die Stärkung von Frieden und Sicherheit in Krisenzonen wird in diesem Bericht offenkundig, der diesbezüglich in jeder Hinsicht Best Practice, gerade als Dokumentation entsprechender Beispiele fördern kann.

A. Kwiecinskis Untersuchung ist reich an expliziten und impliziten Anregungen für die Optimierung solcher Einsätze. Darüber hinaus stellt sie aber auch ein wegweisendes Muster angewandter Forschung in einem überaus anspruchsvollen Beobachtungsfeld dar. Es verdient auf jeden Fall hohe Beachtung durch die Scientific Community und vor allem durch die zuständigen Militärbehörden und seinerseits die Implementation in die militärische Ausbildung. Wertvolle diesbezügliche Hinweise formuliert ja die Autorin des Berichts selber.

Aga Kwiecinski

"Frauen und Kinder zuerst!"

Amtliche Publikation der Republik Österreich /  
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport  
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Bestellmöglichkeit: direkt bei der Autorin

Telefonisch: +43 (01) 50201 1028415

aga.kwecinski@bmlvs.gv.at oder lvak.ihs.w.3@bmlvs.gv.at

# Das Global Advancement Programme (GAP): Eine Klasse für sich

Ein neuer Lehrgang geht in die zweite Hälfte und wird auch die nächsten Jahre so schnell nicht wieder von der Bildfläche verschwinden. Der Mix aus hochkarätigen Vortragenden, einigen der besten Studierenden Wiens und einer neuen Perspektive für Inhalte, macht den Lehrgang zu dem was er ist: Einzigartig. **Text** AFA

Im Oktober 2010 startete das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) in Wien das „Global Advancement Programme (GAP)“ mit einem zwei-semesterigen außeruniversitären Lehrgang, der dank der eingeladenen Referentinnen und Referenten aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Wissenschaft die „Lücke“ (gap) zwischen der theoretischen Ausbildung an der Universität und den Anforderungen an junge Menschen für die Praxis schließen soll.

## Der Start

Nach der festlichen Eröffnungsveranstaltung mit dem österreichischen Spitzendiplomaten Botschafter i.R. Dr. Gregor Woschnagg und dem Betreuer der GAP-Abschlusspublikation Univ.-Doz. Dr. Paul Luif war der 11. Juni 2010 der Tag der ersten GAP-Einheit. Mit einem Referat und einem Gespräch mit der ehem. Außenministerin Dr. Ursula Plassnik eröffnete das AFA erstmals in seiner Geschichte eine eigenes, akademisches Projekt. In 32 wöchentlichen Lehrgangseinheiten haben von nun an die 25 ausgewählten Studierenden die Möglichkeit, sich nicht nur inhaltlich weiterzubilden, sondern vor allem von den praktischen Erfahrungen der Vortragenden zu profitieren. Die Inhalte, die im ersten Semester von den Vortragenden an die Studierenden weitergegeben wurden, also wertvolle Einsichten, was Minister/innen, Spitzendiplomat/innen und Wirtschaftsmanager/innen tatsächlich bei den Entscheidungen in ihrer Karriere bewegt hat und bewegt, kann sich in keinen universitären Lehrbüchern wiederfinden.

## Persönliches Gespräch satt Lehrbuch

Gemeinsam wurde etwa mit Mag. Richard Kühnel, dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, erörtert, was es heißt, als moderner Europäer die Herausforderungen der Zeit zu meistern. Mit Dr. Eva Nowotny, der ehem. Botschafterin Österreichs in Washington,



**DI Wolfgang Anzengruber (Vorstandsvorsitzender Verbund AG), einer der Vortragenden des GAP im März 2011**

oder mit Bot. i.R. Dr. Peter Jankowitsch, einem früheren Außenminister, wurde diskutiert, was es für junge Menschen tatsächlich hieße, die Verantwortungen der Gegenwart zu übernehmen. Alle Vortragenden kommen auch mit den Studierenden in den Pausen, davor und danach, ins persönliche Gespräch. Die hier gewonnenen Erkenntnisse, die neuen Perspektiven und oft das ein oder andere „Aha-Erlebnis“, sind Elemente, die das GAP so besonders machten. Auch für Studierende in höheren Semestern.

## GAP 2

Das erste Semester ist bestritten und der Lehrgang verläuft für alle Beteiligten großartiger als erwartet. Im zweiten Semester stehen unter anderem noch Vorträge mit Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel oder dem Direktor der Diplomatischen Akademie Wien, StS a.D. Dr. Hans Winkler, am Programm. Während die Produktion des ersten GAP-Journals als erste akademische Publikation des AFA sowie der Abschluss mit der Diplomverleihung vorbereitet wird, laufen parallel bereits die Vorbereitungen für den zweiten Jahrgang. Das GAP gewinnt an Erfahrung, Qualität und Bekanntheit. Die Bewerbung zur zweiten Runde

startet daher ab 1. Juni 2011 und „GAP 2“ wartet auf mit einer noch breiteren Liste an Vortragenden, mehr Lehrgangseinheiten und der Möglichkeit als Gasthörerin oder Gasthörer monatsweise am Programm teilzunehmen, auf. „Jedes Monat wird es damit die Möglichkeit geben, sich für das GAP zu bewerben. Das Programm öffnet sich damit dem gesamten Pool der tausenden AFA-Mitglieder“ so Christian Mayrhofer BSc., Generalsekretär und Initiator des GAP.

## Fazit

Dass sich die Teilnehmer/innen des GAP im Programm wohlfühlen, zeigt einerseits das erst kürzlich durchgeführte, anonyme Feedback und der Umstand, dass viele bereits in anderen Projekten des AFA stark engagiert sind. Der Einstieg des neuen Großprojektes des AFA-Wien ist also definitiv gelungen und die Freude, weiterzumachen, um die Lücke zwischen Jungen und Erfahrenen, zwischen Theorie und Praxis, zu schließen, ist riesengroß. Der Abschluss von GAP 1 und die Eröffnung eines noch offeneren GAP 2 sind die nächsten Schritte in der AFA-eigenen Ausbildungsinitiative. Nähere Informationen unter <http://www.oegavn.org/gap>.

# Historische Begegnung im Parlament

Im Jänner 2001 unterzeichneten Österreich und die USA das „Washingtoner Abkommen“, in dem sich Österreich zu Entschädigungszahlungen an Opfer des Nationalsozialismus verpflichtete. Zum 10. Jahrestag des Abkommens lud Altbundeskanzler Schüssel den damaligen Chefverhandler Stuart E. Eizenstat zu einem Vortrag nach Wien ein. **Text** ÖGAVN

**Der Vortrag** von Stuart E. Eizenstat, der gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Mag.a. Barbara Prammer am 19. Jänner im Österreichischen Parlament abgehalten wurde, war Auftaktveranstaltung des Programms der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) im Jahr 2011.

In ihren Begrüßungsworten im, mit zahlreichen Vertretern heimischer und internationaler Politik voll besetzten Sitzungssaal des Nationalrats, verwies die Nationalratspräsidentin auf die großen Herausforderungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus, der nicht nur faire Verfahren zu gewährleisten hatte, sondern auch psychologische Aspekte nicht außer Acht zu lassen hatte.

Eizenstat gab einen Überblick über die schmerzliche Geschichte der Juden von der Diaspora bis in die Zeit des Holocaust. Er erwähnte auch die Diskriminierungen in den USA bis in die 1960er Jahre, da dem Kalten Krieg in der Zeit mehr Aufmerksamkeit beigemessen wurde. Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Israel bedeutete schließlich eine Wende in der historischen Aufarbeitung des Holocaust. Nach 1989 gab es weitere Impulse durch die Öffnung zuvor gesperrter Archive.

Österreich begann erst 1986 mit der wirklichen Aufarbeitung seiner NS-Vergangenheit, mit dem Paradigmenwechsel, dass Österreich nicht bloß Opfer des Nationalsozialismus war. Eizenstat hob in diesem Zusammenhang die bedeutsame Rede des damaligen Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzkys 1991 hervor, in der er die Verbrechen von Österreichern während der Jahre 1938 und 1945 bekannte. Der spätere Besuch von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil in Israel fand in Eizenstats Rede ebenso Beachtung.

Am 17. Jänner 2001 wurde das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung



**Altbundeskanzler Schüssel mit Stuart Eizenstat am 19. Jänner 2011 im Parlament**

und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Regelung von Fragen der Entschädigung und Restitution für Opfer des Nationalsozialismus unterzeichnet. Auf Basis des sogenannten „Washingtoner Abkommens“ wurde durch einen Beschluss aller Parlamentsparteien der Allgemeine Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

Eizenstat brachte die Notwendigkeit des „Washingtoner Abkommens“ und die Schaffung des Entschädigungsfonds auf den Punkt, als eine „Wasserscheide in der neueren österreichischen Geschichte“.

„Österreich habe damit Pionierarbeit geleistet und sei zum Vorbild für viele andere Staaten geworden“, sagte Eizenstat in Richtung Dr. Wolfgang Schüssel, dem er für seine Bemühungen während dessen Amtszeit als Bundeskanzler dankte. Schüssel ist es in Zusammenarbeit mit der damaligen Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank, Dkfm. Maria Schaumayer, auch gelungen, für die Entschädigungszahlungen die Wirtschaft zur freiwilligen Dotierung des Fonds zu gewinnen.

Der Fonds ist mit 210 Millionen US-Dollar dotiert und entschied in den letzten 10 Jahren knapp 20.700 Anträge mit rund 120.000 einzelnen Forderungen. Darüber hinaus wurde Ende 2010 die Errichtung eines Fonds zur Instandsetzung jüdischer Friedhöfe in Österreich beschlossen, dessen Verwaltung dem Nationalfonds übertragen wurde.

Durch das Abkommen von Washington konnten nachhaltige Resultate gezeitigt werden, bei denen aber manchmal die Geldleistungen vielleicht weniger wichtig gewesen sind als das Zeichen der - wenn auch viel zu späten - Anerkennung und die Ehrung der Opfer.

Trotzdem noch einiges zu tun bleibt, habe Österreich einen wichtigen Anteil geleistet resümierte Eizenstat. „Obwohl die Kenntnis der Wahrheit schmerzvoll sein mag, sie sei aber auch befreiend, ermögliche sie doch, aus ihr für die Zukunft zu lernen“. „Das habe Österreich getan“, und dazu gratuliere er „von ganzem Herzen.“

# The new Business Negotiation Club (BNC): Learning by Doing

A new platform for young negotiators has been established within the framework of the Academic Forum for Foreign Affairs (AFA) in Vienna, offering training to students and young professionals to become better negotiators.

**Text** Ulrich Kopetzki

**Are you** a student or a young professional and would you like to improve your negotiation skills? Then the Business Negotiation Club is what you are looking for. Established in December 2010, the Business Negotiation Club complements the Academic Forum for Foreign Affairs' offers on developing personal skills.

We passionately believe that the ability to negotiate your desired outcome is crucial in both private and professional life. While "soft skills" such as negotiating are increasingly sought out by employers, there has until recently not been an opportunity for students or young professionals to practice and develop their negotiation skills on a regular basis in Vienna. The Business Negotiation Club now provides an opportunity for them to become better negotiators while offering a fun experience.

## Practical exercises

The emphasis of the Business Negotiation Club is on learning by doing through practical exercises, role-play and feedback. Cornerstone of each session is a negotiation. In pairs or larger groups participants negotiate a case developed by expertise centers such as the Harvard Program on Negotiation. The participants' task is to achieve the best possible outcome for themselves.

After the negotiations of the groups, we compare their results and analyse which strategies and techniques lead to the best results. Negotiations are conducted in English and are dealing with business related content. Issues range from exchanging defective goods in a department store to the sale of real estate or shares of companies. In their first negotiation, participants negotiate the terms for the engagement of an opera singer. One part plays the role of the agent of an aging and vain opera singer that is already past the prime of her career but nonetheless would like to perform at the opera. The other part represents



**Training session of the Business Negotiation Club**

the opera that considers engaging the singer as a replacement for another soprano singer – for as little money as possible.

Participants will learn how to prepare for a negotiation, how to ask the right questions in the course of a negotiation and how to maximize individual and mutual gains.

## Enlarging the pie and claiming your share

One of the basic symbols for talking about negotiations is the pie. In negotiations, whatever people negotiate - be it salary, a bigger office or which restaurant to go to - is the pie. Usually, negotiations involve slicing up that pie, with each side fighting for the biggest slice they can get. However, most of the times the pie can also be enlarged. This happens when you think of a new thing that you can offer that is more important for the other side than it is for you. Enlarging the pie is possible because people value things differently.

We focus on strategies to enlarge the pie, practicing to develop mutually beneficial agreements based on the interests of the disputants, taking

into account the underlying reasons why people become involved in a conflict. There are often many interests behind a position and by identifying those interests, parties will increase their ability to create joint value.

However, there might be situations in which no more value can be added, i.e. in which the pie cannot be enlarged. In these cases we practice how to effectively claim value - you will learn how to get your share of the pie.

## Participation

Are you interested in joining our negotiation sessions? The Business Negotiation Club meets twice a month and newcomers are welcome to participate. The attendance of an introductory session is recommended for beginners, the dates for which you will find on our homepage. While no legal or economic knowledge is required for the negotiations, a basic command of English will prove helpful. The number of participants is limited, registrations under [negotiations@afa.at](mailto:negotiations@afa.at). More information available at <http://www.negotiations.at>.

# UNO wieder im Spiel

Als Hochschulliga für die Vereinten Nationen organisiert das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) neben zahlreichen anderen Aktivitäten eine Vielzahl an Veranstaltungen zu UN-bezogenen Themen. Besonders beliebt: „Model United Nations“ **Text** AFA

Es **scheint**, als ob die Welt im Jahr 2011 nicht zur Ruhe kommt. Gerade noch beruhigt sich die Weltwirtschaft, erhebt sich Anfang des Jahres die Jugend Nordafrikas, um, im Streben nach den ihnen zustehenden Lebensbedingungen, das politische Geschehen in ihren Ländern selbst in die Hand zu nehmen. Im März erleben wir die schrecklichen Katastrophen nach Erdbeben und Tsunami in Japan.

Wenn sich die Erdachse verschiebt, auch politisch, sollte mehr denn je klar sein, dass die vielzitierte Globalisierung nicht mehr rückgängig zu machen ist. Und hier kommt die UNO wieder ins Spiel. Sei es durch die Entscheidung des Weltsicherheitsrates über Libyen oder die Rolle der IAEA in den Nuklearfragen. Zwar hat die Organisation der Vereinten Nationen vielleicht nicht die reale Macht in Händen, trotz der Komplexität ihrer Entscheidungsfindung und ihrer Struktur bleibt sie aber die einzige Plattform, die der gesamten Welt zur Verfügung steht.

Um verstehen zu lernen, wie diese Weltorganisation funktioniert, bietet das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) in seiner Funktion als Bindeglied der Jugend in Österreich zu den Vereinten Nationen eine Reihe an Veranstaltungen an. Im Mittelpunkt stehen hierbei die sogenannten „Model United Nations“, die Sitzungen von UNO-Gremien simulieren. Die Teilnehmer der simulierten Sitzungen übernehmen die Rolle eines Staatsvertreters, dessen Position sie innerhalb der Verhandlungen zu einem vorher gestellten Thema möglichst authentisch vertreten müssen.

## UNO in der Schule

Basierend auf einer Initiative von Dr. Sonja Graf (GRG Wien XIX Billrothstraße) findet heuer bereits zum zweiten Mal die „Vienna Schools' Model United Nations (VSMUN)“ statt. Im April 2011 werden über 150 Schülerinnen und Schüler aus 20 österreichischen Schulen sowie einer Schule



**Erstes Meeting des Vienna MUN Club**

aus Berlin und einer aus Genf zehn verschiedenen Themen (von Hunger, Trinkwasser, Erneuerbarer Energie, HIV bis hin zu Fragen der Globalisierung oder der Gleichberechtigung für Frauen) diskutieren und entsprechende Resolutionen verabschieden.

## UNO im Club

Im März 2011 wurde für Studierende der „Vienna MUN Club (VMC)“ gegründet, der sich alle zwei Wochen für rund 3 Stunden trifft und kleinere Simulationen, wie Sitzungen des Sicherheitsrates, durchführt. Ziel des VMC ist neben der Gewinnung von Erfahrungen über die Abläufe von UNO-Verhandlungen vor allem das Training für die Teilnahme an internationalen UNO-Simulationskonferenzen in Österreich und aller Welt. Eine Delegation des AFA hat im heurigen Jahr bereits an einer Konferenz in London erfolgreich teilgenommen, eine zweite Delegation fliegt nach Moskau.

## UNO in der UNO

Von 31. Juli bis 4. August 2011 wird schließlich im Gebäude der Vereinten Nationen in Wien die

bereits traditionelle „Vienna International Model United Nations (VIMUN)“ abgehalten, die das AFA für 250 Studierende aus aller Welt vorbereitet. Gäste aus 40 verschiedenen Nationen werden erwartet, wodurch neben dem UNO-Lerneffekt vor allem auch der Austausch mit international Interessierten aus anderen Ländern erfolgen kann.

Die VIMUN wird seit jeher im Stil einer realen internationalen Konferenz vorbereitet, mit klassischem Rahmenprogramm wie einem schon traditionellen Empfang im Wiener Rathaus, einem Heurigenbesuch und anderen Social Events, die den Kontakt der Delegierten untereinander fördern und internationale Freundschaften entstehen lassen. Die Mischung an Verhandlungen auf hohem Niveau, aber auch Zeit, sich mit anderen Denkweisen und Kulturen zu befassen sowie die Möglichkeit, die VIMUN gewissermaßen „am Originalschauplatz“, der UNO in Wien, abhalten zu können, ist weltweit in der Form einzigartig. Und vielleicht ist unter den Teilnehmern der diesjährigen VIMUN das ein oder andere Staatsoberhaupt von morgen oder vielleicht dient die ein oder andere Idee in einer der beschlossenen Resolutionen als Vorlage für die reale Welt. Dann war alles nicht nur ein Spiel!



United Nations Youth and Student Association of Austria –  
Academic Forum for Foreign Affairs

[www.vimun.org](http://www.vimun.org)

# VIMUN

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS

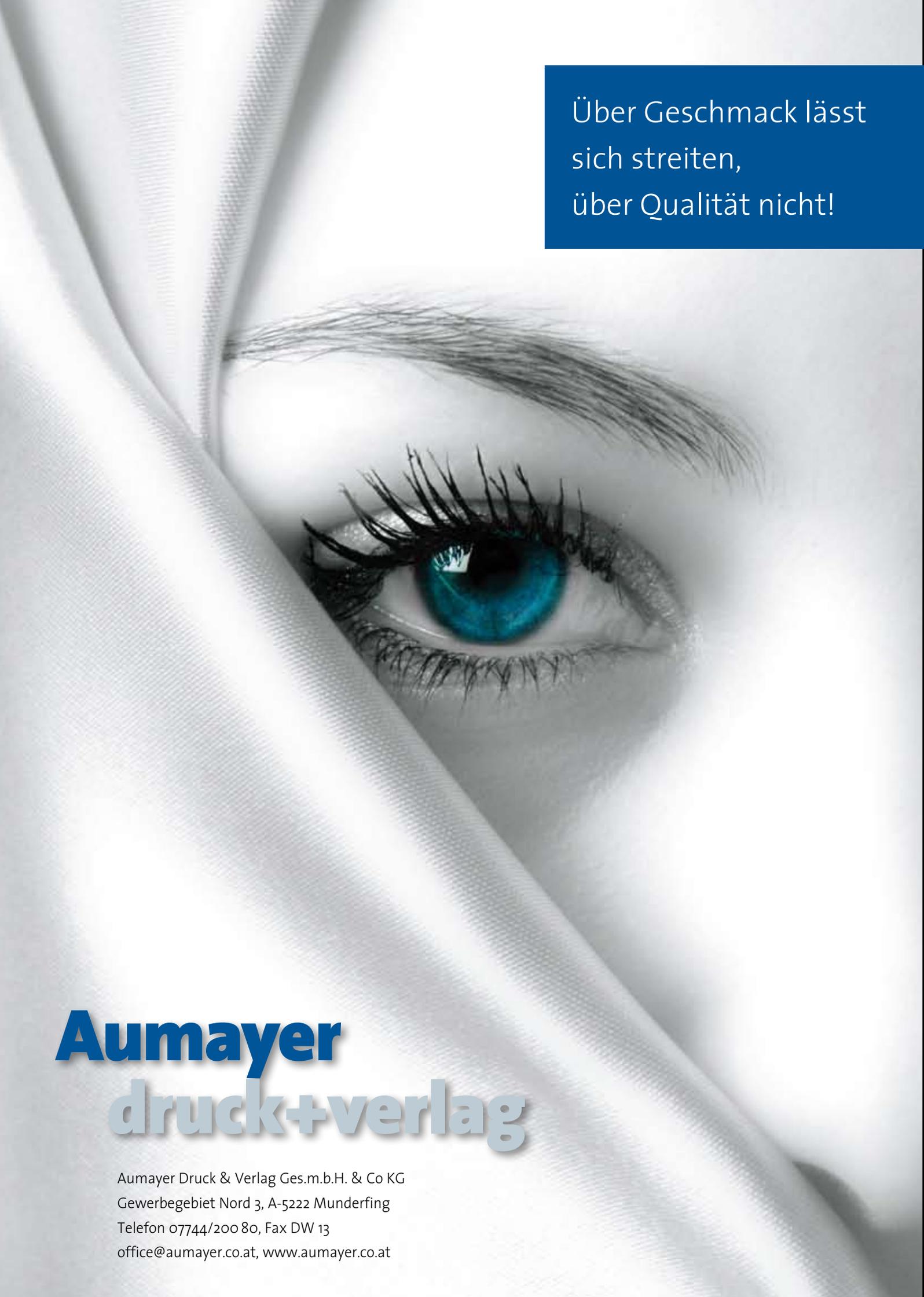
Annually held in August

## EXPERIENCE DIPLOMACY

UN Office at Vienna

UN SIMULATION CONFERENCE FOR STUDENTS AND YOUNG GRADUATES





Über Geschmack lässt  
sich streiten,  
über Qualität nicht!

# Aumayer druck+verlag

Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H. & Co KG  
Gewerbegebiet Nord 3, A-5222 Munderfing  
Telefon 07744/200 80, Fax DW 13  
office@aumayer.co.at, www.aumayer.co.at